

# Volksrecht

## für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Kurze Straße 46, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Grapenstraße 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 1-5, Marktstraße 100, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 5 Pf. Frachtposten + 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Frachtposten + 2,10 Rmt. Durch die Post einzgl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

### Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vere- & Vereinnachrichten und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 46 oder in der Zweigstelle abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt!

## Curtius' Antwort an die Kritiker

### Große Rede im Reichsrat über den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion

In der Dienstag-Sitzung des Reichsrates hielt Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius die angekündigte Rede über die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen. Der Minister führte unter anderem aus:  
Die internationale Diskussion des deutsch-österreichischen Vertrages zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse der beiden Länder ist an einem gewissen Abschnitt angelangt, insbesondere, seitdem feststeht, daß sich der Völkerbund demnachst mit der Angelegenheit befassen wird.  
Ich sehe meine Aufgabe darin, einmal die wirtschaftliche Bedeutung des Vertragswerks klar herauszustellen und seine Einwirkung in die Pläne einer besseren Organisation der europäischen Gesamtwirtschaft zu betonen, sodann die hier und da aufgetauchten Zweifel an der Einhaltung der Verträge und an der Loyalität unseres Vorgehens zu zerstreuen.

und Gemeinschaftsarbeit. Die deutsche und österreichische Regierung sind sich bewußt, mit ihrem Plan in der gleichen Richtung vorwärts zu streben. Ihre Erklärung der Bereitschaft zu Verhandlungen mit anderen Ländern über eine gleichartige Regelung bringt der Ueberzeugung, damit den europäischen Wirtschaftsgeheimen zu folgen. Ihre Pläne sind weniger egoistisch als die des tschechoslowakischen Außenministers, der unser Angebot im voraus ablehnte und eine Zollunion der Kleinen Entente mit Einbeziehung Österreichs unter ausdrücklichem Ausschluß Deutschlands anstrebte.

Herr Curtius hat in seiner Rede vor dem französischen Senat die Gefahren anerkannt, die die Volkswirtschaften der Länder Mittel- und Osteuropas bedrohen.

Der rein wirtschaftliche Charakter des deutsch-österreichischen Planes, der aus dieser Gesamtsituation hervortritt, steht nicht im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verpflichtungen und Bindungen. Wir haben gehört, daß Frankreich den Abschluß des in Aussicht genommenen deutsch-österreichischen Vertrags als rechtsmäßig ansehe, weil er mit den internationalen Verträgen, insbesondere mit den Abmachungen im Widerspruch stehe, die England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei im Jahre 1922 mit Österreich aus Anlaß der ihm gewährten Anleihe getroffen haben.

Wir hoffen, daß der Plan, der aus dieser Gesamtsituation hervortritt, steht nicht im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verpflichtungen und Bindungen. Wir haben gehört, daß Frankreich den Abschluß des in Aussicht genommenen deutsch-österreichischen Vertrags als rechtsmäßig ansehe, weil er mit den internationalen Verträgen, insbesondere mit den Abmachungen im Widerspruch stehe, die England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei im Jahre 1922 mit Österreich aus Anlaß der ihm gewährten Anleihe getroffen haben.

Wir waren uns heute vom ersten Augenblick der Besprechungen an darüber klar, daß auch der bloße Ansehens einer Verletzung der Unabhängigkeit Österreichs unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Wir haben die Pläne, durch weitestgehende Zusammenarbeit die europäische Ordnung zu verbessern, die gesamteuropäische Wirtschaft zu ergaunern, lebhaft begrüßt.  
Die werdende Solidarität der europäischen Wirtschaft ist gleich im Beginn der gemeinsamen Arbeiten schwerer Rückschlägen ausgesetzt worden. Wir haben uns in Genf offen darüber ausgesprochen. Der Wille, trotzdem im gesamteuropäischen Eifer am Ausgleich der Spannungen, an der Erleichterung des Wirtschaftslebens, an der Hebung des Wohlstandes zu arbeiten, bleibt bestehen. Aber in der Beeinflussung der europäischen Wirtschaft durch Gesamtpläne und Richtlinien sowie Freizeugungen, die von der Zusammenarbeit aller gewissermaßen von oben, ausgehen, muß ein Aufbau von unten her, eine Zusammenfassung von Teilkräften treten. Erst aus dem Zusammenwirken dieser beiden Tendenzen kann wirklicher Fortschritt entpringen.

Gerade das ist für den ganzen Aufbau des Völkers, wie er in den vereinbarten Richtlinien festgelegt worden ist, maßgebend gewesen. Gerade das hat dazu geführt, ein Vertragsverhältnis ins Auge zu fassen, in das beide Staaten als völlig gleichberechtigte Partner eintreten, das keinerlei staatsrechtliche Beeinträchtigung, keinerlei staatsrechtliche Organe enthält, das die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit unberührt läßt und das endlich unter Kündigungsbefugnissen steht, wie sie für jeden gewöhnlichen Handelsvertrag gelten würden.

Es ist in den internationalen Diskussionen der letzten Jahre oft dargelegt und anerkannt worden, daß die Wirtschaftsart Europas in erster Linie auf seine Zweckbestimmung zurückzuführen ist. Sie hat das Bestreben auch der kleinsten Wirtschaftsgebiete nach landwirtschaftlicher und industrieller Autarkie sie hat über-rechtlich-juristische Ziele und damit verbundenen Hemmnisse für den Handel zur Folge gehabt. Was ist nun die Vereinigung zu größeren Wirtschaftsebenen, die Niederlegung von Zollwällen zwischen bisher getrennten Wirtschaften, die Schaffung größerer und widerstandsfähigerer Binnenmärkte. Das Ziel ist nicht der Abschluß solcher größeren Binnenmärkte und außen. Ich bin vielmehr überzeugt, daß die Tendenz nach Erweiterung und Hebung der Wirtschaftsart über die hinaus naturgemäß ist.

Die württembergische Kammer hat in ihrer Vollversammlung folgende Entschlüsse gefaßt:  
Die württembergische Kammer geht davon aus, daß die notwendige Änderung des § 218 des Strafgesetzbuches in erster Linie getragen sein muß von der Fürsorge für die Gesundheit und die wirtschaftliche Notwendigkeit der Bekämpfung der württembergischen Schweinepest. Sie ist nicht nur eine sanitäre, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie ist nicht nur eine sanitäre, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie ist nicht nur eine sanitäre, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

doch eine ungleich stärkere Bindung des kleinen Landes mit sich bringt, keine Schmälerung seiner Souveränität und Unabhängigkeit zur Folge hat, so kann dies unmöglich bei der deutsch-österreichischen Zollunion der Fall sein, deren innerer Aufbau die politische, administrative und wirtschaftliche Selbstständigkeit beider Länder gleichermaßen gewährleistet. Zieht man das in Betracht und berücksichtigt man daneben, wie letztendlich wir auf die Achtung der nun einmal auf Österreich lastenden besonderen Bindungen Bedacht genommen haben, so kann man sich kaum der Befürchtung erwehren, als ob hier nicht mit dem gleichen Maße gemessen würde, als ob die Konstruktivität der Vertragsverletzung auf einer Auslegung der Verträge und des Genfer Protokolls beruhte, die nicht mehr auf die Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs, sondern im Gegenteil auf seine Herabwürdigung zu einem Staatswesen zweiter Klasse hinausläuft. Es geht überhaupt nicht, die Basis der Gleichberechtigung zu verschleichen, ohne die ein konstruktiver Aufbau Europas undenkbar ist. Ich will aber eine solche Perspektive nicht weiter verfolgen. Ich will auf eine ungerechte Kritik nicht mit Gegenwürfen antworten, mir liegt alleit daran, für die Rechtmäßigkeit und Loyalität unseres Vorgehens auch dort Verständnis zu erwecken, wo unsere Absichten bisher verkannt worden sind.

Sie wissen, daß die englische Regierung, ohne damit sachlich gegen den Plan Stellung zu nehmen, mit dem Vorschlag an uns heranzutreten ist, vor weiterer Entscheidung die rechtliche Seite der Frage im Völkerbundsrat zur Erörterung zu bringen. Ebenso bekannt ist Ihnen die Antwort, die der Reichsminister dem englischen Botschafter gab. Ich habe die gleiche Haltung wie der Reichsminister eingenommen, als der englische Botschafter mich am nächsten Tage aus Anlaß einer Rückfrage aufsuchte. Es ist klar, daß wir uniererseits eine Erörterung der Rechtsfrage nicht für erforderlich erklären können, da der ganze Plan auf unserer und Österreichs Ueberzeugung beruht, daß er sich völlig im Rahmen der internationalen Verträge hält. Es versteht sich aber von selbst, daß wir uns einer solchen Behandlung der Sache im Völkerbundsrat seitens der Signatarmächte des Genfer Protokolls von 1922 nicht entziehen. Wir brauchen sie ja in keiner Weise zu scheuen. Unser politischer Einwand bezog sich darauf, daß im Völkerbundsrat etwa unsere rein wirtschaftliche Vereinbarung, wie einige Stimmen dies forderten, als eine Gefährdung des Friedens zur Diskussion gestellt würde. Eine solche Unterstellung würde jeder tatsächlichen Begründung entbehren, eine solche Argumentation wäre unzulässig. Herr Henderson hat angekündigt, daß er beantragen werde, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung im Mai zu setzen. Wir können nichts dagegen einwenden und rechnen überdies damit, daß schon vorher in dem paneuropäischen Studienkomitee eine Resolutionsfrage über die ganze Frage stattfinden wird. Ich hoffe, daß beide Aussprachen die Missverständnisse beseitigen werden, die in der Debatte der letzten Tage aufgetreten sind.

Ich komme zu dem zweiten Hauptpunkt der gegen unser Vorgehen geübten Kritik, nämlich der Beanstandung unserer diplomatischen Schritte. Ueber diplomatische Methoden läßt sich streiten. Wir der materiellen Beurteilung der Sache selbst hat unser Vorgehen wenig oder gar nichts zu tun. Aber ich will darauf eingehen. Die Bedeutung der Formen des diplomatischen Verkehrs ist nicht gering. Ich fühle auch persönlich das Bedürfnis, daß die Außenminister, insbesondere in einer Zeit der Spannungen, Särunge, Krisen, wie der heutigen, sich gegenseitig ihre außenpolitischen Gesichtspunkte möglichst erläutern. Aus dieser Einstellung heraus habe ich die beteiligten Außenminister stets rechtzeitig, offen und weitestgehend unterrichtet. Ich habe mir auch im vorliegenden Fall nichts vorzumerken. Wir haben in

## Württembergs Verzte gegen § 218

### Ein Beschluß der Vollversammlung der Württembergischen Kammer

Die württembergische Kammer hat in ihrer Vollversammlung folgende Entschlüsse gefaßt:  
Die württembergische Kammer geht davon aus, daß die notwendige Änderung des § 218 des Strafgesetzbuches in erster Linie getragen sein muß von der Fürsorge für die Gesundheit und die wirtschaftliche Notwendigkeit der Bekämpfung der württembergischen Schweinepest. Sie ist nicht nur eine sanitäre, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie ist nicht nur eine sanitäre, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

### Ein Nazimordbandit verurteilt

Das Kölner Schwurgericht verurteilte am Dienstag den 31jährigen Nationalsozialisten und SS-Führer Kurt Rommel aus Köln wegen Verletzung, Bestrafung, verbotenen Waffenbesitzes und Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz zu insgesamt 6 1/2 Jahren Gefängnis und 10 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hatte am 3. September 1930 den mit ihm im gleichen Hause wohnenden Arbeiter Anton Clausen auf der Straße niedergeschossen. Der Verurteilte war früher bei der Kom-

munistischen Partei Rotfrontführer. Er trat später zur Nationalsozialistischen Partei über und glaubte sich seit dieser Zeit von seinen früheren Parteifreunden verfolgt. Durch diesen Umstand suchte er auch die Gründe für seine Tat zu erklären.  
In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der ermordete Clausen nicht der Kommunistischen Partei angehört und sich überhaupt nicht politisch betätigte.

### Neue Niederlage Friedls

Das Gericht verurteilt Thüringen erneut wegen einer Amtshandlung Friedls  
Weimar, 31. März. (Eigener Drahtbericht.)  
Auf Grund des in Thüringen erlassenen Ermächtigungsgesetzes wurde der sozialdemokratische Lehrer und Landtagsabgeordnete Rüdiger in Altenburg von Friedl mit Wirkung vom 1. Juni 1930 in den Parteistand verlegt. Die Parteien, Lehrerschaft, Elternrat usw. wandten sich lehrerzeit gegen den Abban Rüdiger. Rüdiger hat daraufhin das Land Thüringen verlassen, weil nach seiner Meinung sein Abban gesetzwidrig war. Am Dienstag morgen wurde das Urteil vom Landgericht in Weimar gefällt und lautet:  
„Das Land Thüringen hat dem Lehrer Rüdiger das volle Gehalt nicht für den Tag seiner Parteiverlegung bestrafen bis zum heutigen Tage nach § 218 des Strafgesetzbuches.“  
Das ist für den Thüringer Friedl ein weiterer schwerer Schlag. Welche Folgen das Urteil für das Land haben wird, ist noch nicht abzusehen, da auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine ganze Anzahl Beamte in den Parteistand verlegt worden sind.

henselben Augenblick, wo sich die deutsche und die österreichische Regierung über Tragweite und Charakter ihres Planes klar geworden waren, unsere Missionen angewiesen, die fremden Regierungen zu verständigen. Es ist nicht nur eine Verkennung der von mir vorhin geschilderten Entwicklung der ganzen Verhandlungen, sondern eine Verkennung des Wesens der Sache selbst, wenn man noch fräher diplomatische Schritte dieser oder jener Art fordert. Die wissenschaftliche Frage zwischen Österreich und uns verhandelt wurden, daß bei diesen Verhandlungen die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Annäherung beider Länder erörtert wurden, war der Welt kein Geheimnis. Das war auch in allen Verlautbarungen, die sich schon vor meiner Abreise mit meinem Wiener Besuch beschäftigten, zum Ausdruck gekommen. Was hätte man in diesem Studium den anderen Mächten sagen können? Daß die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Zusammenstoßes gedrückt wurden? Tragweite und Sinn eines solchen Zusammenstoßes hingens doch ganz davon ab, in welcher Weise, mit welchen Mitteln und zu welchem Zwecke er durchgeführt werden sollte. Die Gespräche darüber haben sich in der Tat aber erst bei meinem Wiener Besuch konkretisiert und sind zum wirtlichen Abschluß erst in den späteren beiderseitigen Kabinettsberatungen gekommen. Erst am Donnerstag, dem 18. März, war die übereinstimmende Auffassung des Berliner und des Wiener Kabinetts gefestigt, und schon am übernächsten Tage sind die Demarchen der deutschen und österreichischen Missionen in London, Paris und Rom erfolgt. Solange sich Deutschland und Österreich selbst noch nicht darüber klar und einig waren, was sie wollten, war eine Verständigung anderer Regierungen naturgemäß gar nicht möglich. Wir haben aber die Bekanntheit schon unsere vorläufigen Vereinbarungen, schon der Auffassung dieser Richtlinien für richtiggehalten, um die anderen Regierungen und die Öffentlichkeit nicht gleich vor die vollendete Tatsache der Jollution zu stellen. Man kann von internationalen Standpunkt nicht isoliert handeln, als wenn man vor dem Abschluß eines Vertrages die Absichten und Grundgedanken dieses Vertrages vor aller Welt ausgesagen auf den Tisch des Hauses legt. Wir wären froh, wenn man uns immer mit gleicher Logik und Offenheit behandelte. Man sollte übrigens Deutschland und Österreich doch nicht für so unglücklich halten, als ob sie es darau hätten ankommen lassen wollen, durch ein zuerst geheimes und dann sensationelles Wandern eine ganze Welt gegen sich in die Schranken zu fordern. Dazu wissen Deutschland und Österreich zu genau, wie kurz ihre eigenen Interessen mit denen der anderen Länder verflochten sind; dazu wissen sie zu genau, daß sie nicht weniger als irgendein anderer Staat auf verdrängender Zusammenarbeit mit den anderen Ländern angewiesen sind. Wir konnten nicht daran denken und haben nicht daran gedacht, die Welt mit einem politischen Schöpfung zu überfallen, der geeignet wäre, die allgemeinen europäischen Beziehungen zu stören und zu verzerren. Ich glaube deshalb, daß man der Sache in keiner Weise gerecht wird, wenn man sie mit einer gewissen Geiligkeit als einen „Zwischenfall“ bezeichnet.

Was wir wirklich gemollt haben, habe ich bereits vorher gezeigt und wiederhole es noch einmal in voller Uebereinstimmung mit dem, was der Reichstaugler darüber schon öffentlich erklart hat.

Wir wollen im Rahmen der geltenden Verträge mit möglichster Beschleunigung weitere Schritte in dieser Richtung feststellen können die Vorteile verschaffen, die sich aus der Erweiterung des Wirtschaftskreises ergeben.

Wie wollen zugleich den Beziehungen zu einer strengeren europäischen Wirtschaft einen neuen Impuls geben. Es ist mir eine Gewissung, sichellen zu können, daß diese andere Seite in der Welt weitgehendes Verständnis gefunden haben. Wenn trotzdem der deutsch-österreichische Plan Erregung verursacht hat, so geben die zahlreichen Äußerungen Deutschlands und Österreichs dazu keinen Anlaß. Ihre Verkennung legt sich nur darauf erklären, daß man die ganze Angelegenheit ohne Grund aus wirtschaftlichen auf des politischen Terrain verlegen und mit politischen Forderungen in Zusammenhang gebracht hat, mit denen sie nichts zu tun hat. Daß das deutsch-österreichische Vorgehen wirtschaftliche Fragen berührt, oder jener Art entspricht, liegt sehr nachteilig. Nicht verhältnismäßig erachtet es sich aber, dabei von einer Sitzung des gemeinsamen Ausschusses unter den Nationen oder wohl gar von einer Konferenz des Zirkels zu sprechen. Ich kann deshalb auch nicht verstehen, daß der deutsch-österreichische Plan zu einem Symptom für die Abdrückungskonferenz des nächsten Jahres werden könnte. Kein Land in der Welt ist an dem Frieden Europas und seinen gemeinsamen Wohlstand mehr interessiert, als Deutschland und Österreich; beides sind wir uns stets bewußt. Kein Land kann auch mehr als sie den Wunsch haben, die Zusammenarbeit gefestigt nach Möglichkeit von Erfolg gekrönt zu sehen. Wird der deutsch-österreichische Plan so verstanden und gewürdigt, wie er von den beiden Partnern geordnet ist, so wird sich, wie ich bestimmt hoffe, die Gegensätze beseitigen, daß er sich in die allgemeinen europäischen Beziehungen einreicht.

Paris, 21. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Rede, die Dr. Curtius am Dienstag vor dem Reichst-at über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung gehalten hat, wird von den meisten Beobachtern, die bereits dazu Stellung nehmen, ganz als glücklich und maßvoll im Ton bezeichnet, aber in Bezug auf ihren Inhalt gemäß der bisherigen Haltung der französischen Presse genervt. Der „Ain de Soule“ schreibt, die Rede zeige, daß Deutschland seinen Standpunkt an-

eingekränkt auftreten erwarte. Der „Intranfigente“ erklärt, daß Dr. Curtius, weniger nuanciert als sein Meister Streemann, nicht das eigentliche Ziel verheißt habe, das die Berliner Regierung verfolge; aber er habe es wenigstens als unvermeidlich zugelassen, daß der Völkerrundrat sich mit der Frage beschäftige. Am schärfsten drückt sich der „Temps“ aus, der unter dem Hinweis auf die Bemerkung des Reichsaussenministers, daß die gemeinsame Wirtschaft der beiden Länder zu dieser Aktion veranlaßt habe, erklärt, es gäbe keine Art, die solche Verhandlungen und Verfahren rechtfertigen könne, wie sie Berlin und Wien angewandt hätten, um unter Verletzung der Verträge den Abschluß eines Zollbündnisses zu vereinbaren. Das Vertrauen zu der deutschen Logik sei zu schwer erschüttert als daß man ein noch dem Lusten, den Berlin der Angelegenheit geben wolle, trauen dürfe. Die Beweisführung Curtius beweise sich in ganz falscher Richtung. Es sei klar, daß die Wiener und Berliner Regierung jeder europäischen Zusammenarbeit hätten zuvorkommen wollen, um einen rein deutsch-österreichischen Plan zu verwirklichen.

Die bürgerlichen Sozialpartei, die sich mit Einschluß der Sozialisten zu einem Linksbünd zusammengeflochten haben, haben am Dienstag in einer Sitzung beschlossen, ebenfalls eine Intervention über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung einzubringen und eine eingehende Debatte im Rahmen der Kammer noch vor Beginn der Ferien zu verlangen.

Paris, 1. April. (Eigener Fundbericht.)

Die Rede des Reichsaussenministers Curtius vor dem Reichst-at wird in der Pariser Morgenpresse, abgesehen von den scharf reaktionären Zeitungen, wesentlich günstiger beurteilt, als in den Blättern vom Dienstag abend. Die geschädigte Verteidigung und der maßvolle Ton des Ministers werden überall anerkannt, und es wird mit Befriedigung festgestellt, daß die Reichsregierung nichts gegen die Erörterung der Angelegenheit vor dem Völkerrundrat einzuwenden hat, daß sie also das von Henderson vorgeschlagene Verfahren annimmt.

Der „Reitit Parilien“ geht allerdings etwas zu weit, wenn er behauptet, daß Dr. Curtius einen strategischen Rückzug angetreten habe, daß das nicht der Fall ist, beweist Leon Blum im „Populaire“, der darauf hinweist, daß die Reichsregierung sich überhaupt niemals kategorisch geäußert habe, die Vereinbarung vor den Völkerrundrat bringen zu lassen. Der Reichstaugler habe dem englischen Botschafter seinerzeit nur erklärt, Deutschland werde sich dagegen, daß die politische Seite der Angelegenheit in Genf erörtert werde. (Das ist doch eine zu große Bekennung des rein formalen Ann. d. Keh.) Die politischen Rückschlüsse der Vereinbarung seien von Dr. Curtius bei den Verhandlungen, so verblühend das auch erscheinen möge, überhaupt nicht in Rechnung gestellt worden, moß sie seine Erklärungen vom Dienstag noch einmal den Beweis lieferten. Wenn Dr. Curtius einen großen politischen Schlag hätte führen wollen, hätte er sich im voraus gegen alle Gegenschläge verteidigt. Das „Journal“ und des „Oeuvre“ werfen dagegen Curtius vor, daß er in seiner Rede auf die politische Seite der Vereinbarung nicht eingegangen sei. Auch der Reizung dieser beiden Zeitungen wäre das wirtschaftliche Abkommen ohne politische Beweggründe nicht zu erklären.

Zusammenfassend erläutern mehrere Linkspartien, wie die „Fre Presse“, „Revue“ und „Populaire“, daß die Angelegenheit jetzt in eine normale Entscheidungssphase eingetreten sei und daß niemand ein Interesse daran habe, Del auf's Feuer zu gehen und die öffentliche Meinung weiter aufzufahren.

Paris, 21. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Beziehungen zwischen dem Unterhans über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung werden in der französischen Presse sehr verschieden beurteilt. „Reitit Parilien“ und „Matin“ schreiben, daß die Ausführungen des englischen Ministers, obgleich maßvoll in der Form, im Grunde mit dem schärfsten Wortes Bruch mit dem überständlichen und daß sie zusammen mit den englischen Demarchen in Wien und Paris den Semeis liefern, daß Frankreich und England in solchen Umständen vorgehen, findet das „Echo de Paris“ die Einstellungen bedauerndwert, da eine Debatte vor dem Völkerrundrat zu nichts führen werde. Das einzige Mittel, die deutsch-österreichische Initiative zu verhindern, wäre nach der Ansicht des Blattes: die sofortige Einberufung des Völkerrundrates gewesen. Auch das radikale „Oeuvre“ ist mit Henderson wenig zufrieden und bezeichnet seine Erklärungen als ziemlich verlogen. In dem Kommentar des „Matin“, der ohne Zweifel von Paul Deshay inspiriert ist, wird ferner die Hoffnung ausgesprochen, daß sich Italien den europäischen politischen Demarchen anschließen werde, denn seine Interessen wären dadurch, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt Deutschlands durch das Zollbündnis bis zu die italienische Grenze vorgeschoben werde, sehr stark beeinträchtigt.

In der Kammer sind inzwischen außer von dem Abgeordneten Congere weitere Interpellationen über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung von dem radikalen Abg. Rogaro sowie von den Abg. Benin und Scapiani, die beide der Radikalen Gruppe angehören, eingebracht worden.

London, 21. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die englische Presse geht in der Frage der deutsch-österreichischen Zollvereinbarung hinter dem Beschluß der englischen Regierung. In aller Eile wird die Rede Hendersons kritisch beurteilt, da sie die Unmöglichkeit erweist, den Weg zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zu weisen.

Selbst der „Manchester Guardian“ hält die Uebereinstimmung der Legationsträger an den Völkerrundrat für das Klügste, was die englische Außenminister tun konnte. Das im Prinzip auf den deutschen Standpunkt stehende liberale Blatt fügt hinzu, Deutschland und Österreich würden sich ins Unrecht legen, wenn sie nachdem nun einmal die Frage der Legationsträger auf den englischen Vorschlag zurückgewiesen würden. Allerdings bestünde im Völkerrundrat vorzugesetzte Meinungen und deshalb müßte die Entscheidung über die juristische Frage vom Haager Schiedsgerichtshof getroffen werden.

Wenn aus der Rede Hendersons klar und deutlich hervorgeht, so ist es die Besorgnis des britischen Außenministers. Die deutsch-österreichische Zollunion, die Art, wie sie vorbereitet wurde, und der Widerstand, den sie in Frankreich und anderen Ländern gefunden hat, haben in Europa eine Stimmung erzeugt, die den kommenden Abdrückungskonferenz sehr gefährlich werden kann. Diese Konferenz ist aber nicht nur das Lebenswerk Hendersons sondern auch das wichtigste Ziel der englischen Arbeiterregierung. Nicht die deutsch-österreichische Zollunion hat die englische Regierung erregt. Es ist die europäische Abdrückung, um die jetzt England bangt. Gerade deshalb aber wäre auch im deutsch-österreichischen Interesse zu wünschen, daß die beiden deutschen Staaten, gefüllt auf ihre Reden und auf ihre gute Sache, die von Henderson gezeigte Brücke beschreiten würden. Die Gefahr besteht, daß, wenn die Abdrückungskonferenz scheitern sollte, Deutschland und Österreich mit dem Obium beladen werden, eine Hoffnung der Menschheit zerstört zu haben. Was auch sein mag, Deutschland und Österreich müßten es unter allen Umständen vermeiden, böswilligen Gegnern ein Waffe in die Hand zu drücken, die für Jahrzehnte hinaus unsichtbaren Schaden anrichten müßte!

Oesterreich kündigt Handelsverträge

Wien, 1. April. (Eigener Fundbericht.) Die österreichische Regierung hat die Handelsverträge mit Jugoslawien und Ungarn gekündigt. Die Kündigungsträge laufen in drei Monaten ab. In einer amtlichen Verlautbarung gibt die Regierung die Hoffnung aus, daß es in der Zwischenzeit möglich sein wird, neue Handelsverträge abzuschließen.

Rein Antrag der Nazis

Weber der Nationalsozialisten noch die Deutschnationalen haben bisher die Einberufung des Reichstages bzw. des Reichstages raten verlangt. Ein solcher Antrag ist lediglich von den Kommunisten eingebracht. Da die Kommunisten über die zur Einberufung des Reichstages notwendige Zahl von drei Sitzen verfügen, so wird der Reichstagesrat voraussichtlich einberufen werden. Ein Termin ist für keinen Zusammentritt noch nicht festgelegt. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Sitzung erst nach Ostern stattfinden wird, da viele Mitglieder des Reichstages außerhalb Berlins wohnen und ihnen Zeit zur Vorbereitung dieser Sitzung gelassen werden muß.

Versammlungs-Verbote in Berlin

Der Berliner Polizeipräsident hat auf Grund der Verordnung vom dem Reichskommissar des Innern anlässlich des Reichstagesabendes in der Zeit vom 3. April bis 7. April geplanten öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen verboten, ebenso die für Dienstag, den 31. März, mit dem Mitglied des Reichstages, Wünschener, als Redner angetündigte Versammlung der Arbeiterpartei.

Die Deutschnationalen klagen Fried

Weimar, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutschnationalen Volkspartei hielt am 20. März eine Versammlung in Weimar ab, in der der deutschnationalen Landtagsabgeordnete Dr. Herzlich über die politische Lage in Thüringen sprach. Abg. Dr. Herzlich erklärte, wenn die sozialdemokratischen Ministerkandidaturen gegen Fried und Reichstagesrat Landtag ankommen würden und infolgedessen die Regierung zurücktreten oder abgelöst werde, so würden sich die Deutschnationalen nicht daran beteiligen, wenn die Sozialdemokratische Partei als führende Partei in Frage komme oder selbst an der Regierung beteiligt sei.

Vor Fried's Ende

Bermittlungsverhandlungen gekheitert Weimar, 1. April. (Eig. Fundbericht.) Der thüringische Landtag wird sich heute mit den sozialdemokratischen Ministerkandidaten gegen die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder beschäftigen. Die Anträge dürften mit den Stimmen der Volkspartei angenommen werden, so daß das Schicksal des Herrn Fried endgültig besiegelt ist. Vermittlungsverhandlungen zwischen den freitenden Koalitionspartheien, die am Dienstag unter dem Vorsitz des Staatsministers Baum stattgefunden haben, sind gescheitert.

Weimar, 1. April. (Eig. Fundbericht.)

Hilfer traf am Dienstag mit großer Geschwindigkeit in Weimar ein. In der Reise war, die Regierungsbereitschaft des Herrn Fried zu retten. Als er eintraf, waren die letzten Vermittlungsverhandlungen jedoch bereits gescheitert. Der Kopf der Regierung wurde deshalb unverrichteter Dinge nach München zurückgeführt.

Der Mann am Faden

Ein Begleiter von Lord Hellwig Copyright by Hutchinson-Reisig & Co. L. G. Hamburg-Bremerhof 48) (Illustration von...) "Herr! Herr, der's gehen hat, was gang mag," sprach Herr Lord Hellwig. "Solche Wörter kann ich nicht mehr hören. Aber das du, das Sprichwort, die Welt, nicht wahr?" "Es sind Wörter, die Sie nicht hören wollen? Aber Sie doch nicht?" "Sie hören sie an. Sie können sie nicht hören?" "Doch eine Dame! Ich habe kein Wort gehört. Aber Sie trauern doch, wie ich es dem mit Ihnen?" "Es entspricht nicht so richtig. Mein Mann hat mir gesagt, er soll nicht mit Ihnen kommen. Sie sprechen nur von einem Mann, nicht von der Welt!" "Dann können Sie werden oder sterben, wenn Sie wollen. Der Mann ist nicht da." "Ich spreche nur von der Welt. Sie, das ist ja klar!" "Herrlich von Ihnen, was ich nicht hören will. Sie sprechen von dem Mann, was ich nicht hören will. Sie sprechen von dem Mann, was ich nicht hören will." "Was haben Sie denn mit dem Mann gemeint?" "Die Welt ist nicht ein Mann!" "Wir stehen an dem Mann, was ich nicht hören will. Sie sprechen von dem Mann, was ich nicht hören will." "Herrlich von Ihnen, was ich nicht hören will. Sie sprechen von dem Mann, was ich nicht hören will." "Was haben Sie denn mit dem Mann gemeint?" "Die Welt ist nicht ein Mann!" "Wir stehen an dem Mann, was ich nicht hören will. Sie sprechen von dem Mann, was ich nicht hören will."

Es war ziemlich spät, als Franklin von Karpfen sich verabschiedete. Lord Hellwig saß im Wagen. "Ich spreche nur von der Welt. Sie, das ist ja klar!" "Herrlich von Ihnen, was ich nicht hören will. Sie sprechen von dem Mann, was ich nicht hören will." "Was haben Sie denn mit dem Mann gemeint?" "Die Welt ist nicht ein Mann!" "Wir stehen an dem Mann, was ich nicht hören will. Sie sprechen von dem Mann, was ich nicht hören will."

gerade das ärgerte ihn. Was ging sein Privatleben hier an und warum mochte es ihn doch Sorgen, wenn er ihm etwas verheimlichte? Das Mädchen beständerte ihn sehr. "Eben hatte ich Hart wieder bis aufs Letzte ausgepackt. Warum kam er ihm denn nicht gleich. Während ich er mit dem Fuch gegen einen Seffel." "Spiebig ist hier alles — spiebig", lachte er vor sich hin. (Dabei hatte er vor vierzehn Tagen noch nicht einmal das Wort "Spiebig" gekannt.) Er rief den Bücherhändler auf und kaufte wackles einiges heraus. "Mit was für Kasten sollte Karpfen sich den Kopf? Ach Wunder, wenn sie so klug und so schön war. Die Tilly hat ja auch einen Bücherhändler, aber da war bestimmt was anderes dran!" Er trat an seinen Schreibtisch. Dabei fiel ihm ein, daß Franklin von Karpfen einmal gelagt hatte, er wolle seine Lebensbeschreibung niederlegen. Er setzte sich hin, laute an einem Federhalter heranzukommen und schrieb ein paar Sätze. "Herr trat spiebig ein. Karpfen, was mochte da denn ein Spiebig?" "Herr trat spiebig ein. Karpfen, was mochte da denn ein Spiebig?" "Herr trat spiebig ein. Karpfen, was mochte da denn ein Spiebig?" "Herr trat spiebig ein. Karpfen, was mochte da denn ein Spiebig?"

## Sur Rede Curtius'

A. Kr. Die Rede des Reichsaußenministers Curtius kann als freudig und politisch klug bezeichnet werden. Nur wäre gut gewesen, wenn Curtius diese Rede schon wesentlich früher gehalten hätte. Die Erregung, die in weiten Kreisen einer langen Reihe von europäischen Staaten durch das überraschende Vorgehen der österreichischen und deutschen Regierungen entstanden war, wäre dann sicherlich nicht so groß geworden. Daß diese Erregung aber ungemein schädlich ist, kann wohl nicht bestritten werden. Die Beforgnis Hendersons, daß sie eine Stimmung erzeugen könnte, die der bevorstehenden Abrüstungs-Konferenz schädlich ist, ist bei der großen Steifheit und Zurückhaltung, mit der alle Mächte an die Abrüstungsfrage herangehen, sicherlich nicht ganz unbegründet. Es kann weiter keinem Zweifel unterliegen, daß Curtius in dieser Rede die Antwort Brünings den englischen Botschafter doch in manchen Punkten nicht unbedeutend einschränkt. Wenn er es auch nicht formell tat, so ist die Rede in der Sache doch darauf hinaus. Wir begrüßen diese Tatsache besonders; denn jene Antwort war sicherlich psychologisch nicht gerade sehr überlegt. Das geht am deutlichsten daraus hervor, daß Curtius jetzt ausdrücklich betont hat, daß die deutsche Reichsregierung gegen die Behandlung der Abmachungen mit Österreich auf der nächsten Tagung des Völkerbundstates nicht eingewandten hätte. Diese Erklärung wird sicherlich weitestgehend wirken. Beruhigend wird sicherlich auch wirken die Betonung des rein wirtschaftlichen Charakters der Abmachungen und der Einfügung dieser deutsch-österreichischen Abmachungen in die weitergehenden Pläne ganz Europa neu zu organisieren und zusammenzufassen. Begrüßenswert sind auch die Äußerungen Curtius gegen den allzu starken Protektionismus der europäischen Staaten und die hohen Zollmauern, die die europäischen Volkswirtschaften von einander trennen. Insbesondere man dieser letzten Äußerung nicht gerade sehr viel Bedeutung beilegen können, denn das handelspolitische Handeln der Reichsregierung widerspricht in der Praxis doch allzu sehr den Äußerungen Curtius geäußerten allgemeinen Ansichten. Wie will z. B. der Außenminister mit diesen seinen Äußerungen vereinbaren, daß die Reichsregierung immer noch nicht den deutsch-polnischen Handelsvertrag ratifiziert hat, auch jetzt noch nicht, nachdem Polen mit der Ratifizierung des Handelsvertrages vorangegangen ist, und daß sie auch keine Absicht hat, das in nächster Zeit zu tun, obwohl ihr das neue Handelsabmachungsgebot formell das Recht gibt, den Handelsvertrag ganz allein, ohne Beschlußfassung des Reichstages, wenigstens vorläufig in Kraft zu setzen? Dabei ist gerade hier der Reichsregierung Gelegenheit gegeben, die Pläne, die Curtius in seiner Rede aufgestellt hat, auch in der Praxis umzusetzen und eine der schädlichsten zollpolitischen Hindernisse zweier aufeinander angewiesener Volkswirtschaften im mindesten stark abzuschwächen. Die Reichsregierung sollte sich darüber klar sein, daß ihre Haltung in der Frage des Handelsvertrages mit Polen nachgerade zum Bruch führen wird und daß man ihr sowohl im Innern Deutschlands als auch international ihre fortschrittlichen handelspolitischen Pläne nur glauben wird, wenn sie in dieser besonders aktuellen und fernliegenden Frage auch dementsprechend handelt. So scheint es, daß der Außenminister Curtius gerade durch diese seine neue Rede die moralische Verpflichtung vor aller Welt auf sich genommen hat, für die unverzügliche Ratifizierung des Handelsvertrages mit Polen zu sorgen.

## Hilfer lobt gegen die Notverordnung

München, 31. März. (Eigener Drahtbericht.)

Hilfer lobt in seinem Blatt über die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politisches Rowdystem. In einem Aufruf hat er sie den letzten Schlag der herrschenden Parteien gegen den Nationalsozialismus, eine groß angelegte Verfolgungspolitik, die nur gegen die Nationalsozialistische Partei gedacht sei. In dem dokumentierten sich „der vollständige Zusammenbruch der Politik der Männer, die durch ihr Wirken die ungeheure Not und Verwirrung heraufbeschworen haben“. Diejenigen, die diese Notverordnung gemacht haben, werden ausdrücklich als die Feinde Deutschlands bezeichnet. Mit Worten schmeichelnder Scheinheiligkeit, die die ohnmächtige Welt nur schlecht überbergen, hält sich Hilfer in einer besonderen Anordnung von Werten in den Mantel der Legalität und verfügt, daß alle Parteien müssen die Notverordnung auf das schärfste und genaueste einhalten haben. Der gesamte Parteiapparat werde ab sofort entsprechend den Vorschriften der Notverordnung eingestellt. Jeder Verstoß gegen diese Vorschriften sei mit allen Kräften vorzubehalten. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Ich als Führer lehne es.“ Zur Befestigung derjenigen Hakenkreuzler, die die Legalitätsbetonung ihres Führers nicht ernst nehmen, verurteilt Hilfer schließlich, daß er seine Juristen beauftragt habe, gegen die Notverordnung mit einer Klage beim Staatsgerichtshof vorzugehen.

## Wie der „Völkische Beobachter“ seine Leser belügt

München, 31. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Meldung des „Völkischen Beobachters“, daß der „Völkische Beobachter“ am 1. April seine Berliner Ausgabe einstellen wird und von der Bayern-Ausgabe, für die ebenfalls Hilfer als Herausgeber zeichnet, als einzige bezichtigt. Wahr ist vielmehr, daß die Berliner Ausgabe im gleichen Umfang weiter existiert. Den bezügelten Hakenkreuzern wird also die Erklärung des Berliner Verlages über den Wegfall der reichsweiten Ausgabe nicht entgegenfallen. Sie werden mit offenkundigen Augen über den Einbruch der Hilfer-Platzung gelächelt!

## Nazi-Franzen ist konvertiert weiter

Bonn, 31. März. (Eigener Drahtbericht.)

Der Nazi-Minister Franzen begnügt sich nicht mit der Entlassung der 20. deutschen Lehrer und der Entlassung sämtlicher holländischer Hilfsschüler und Lehrerinnen, sondern er hat zur vollständigen Abschaffung der weltlichen Schulen am 1. April eine Reihe von Verfügungen erlassen, die nur als Maßnahmen von totalitären Regierungen angesehen werden können. Unter anderem wurde der Rektor der Lehrerbildung von Bonn nach Göttingen versetzt, weil er als Leiter der Lehrerbildung die nationalsozialistische Bewegung und der sozialistischen Arbeiterbewegung die Nazi-Regierung ein Dorn im Auge war. Überdies wurde der Rektor der Lehrerbildung von Bonn nach Göttingen versetzt, weil er als Leiter der Lehrerbildung die nationalsozialistische Bewegung und der sozialistischen Arbeiterbewegung die Nazi-Regierung ein Dorn im Auge war. Überdies wurde der Rektor der Lehrerbildung von Bonn nach Göttingen versetzt, weil er als Leiter der Lehrerbildung die nationalsozialistische Bewegung und der sozialistischen Arbeiterbewegung die Nazi-Regierung ein Dorn im Auge war.

## Wirth gegen die bayerischen Quertreibereien

Die bayerische Erklärung zum größten Teil unwahr

Unklar wird mitgeteilt: Gegenüber einer amtlichen Münchener Erklärung zu einer Mitteilung aus Kreisen des Reichsministeriums des Innern zu einer Rede des bayerischen Justizministers G r u n e r auf dem deutsch-nationalen Parteitag in Nürnberg ist folgendes festzustellen:

Die Grundgedanken, die in der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1933 verwirklicht wurden, sind in der Konferenz der Innenminister der Länder eingehend erörtert worden. Im Anschluß an die Konferenz hatte am Nachmittage des 18. März, dem Tage der Konferenz, der Reichsminister des Innern, Dr. Wirth, unter Zuziehung des Staatssekretärs Zweigert eine Besprechung mit dem bayerischen Innenminister Stügel. Bei dieser Gelegenheit ist der vorläufige Entwurf der Verordnung in allen Einzelheiten durchgesprochen worden. Auf Grund dieser Aussprache hat die bayerische Regierung schriftlich und mündlich Abänderungsmünsche geäußert, die, soweit sie die Regelung der Zuständigkeit betrafen, voll und nach der materiellen Seite im Rahmen des Möglichen bis zum äußersten berücksichtigt wurden. Schließlich hat der Reichsminister des Innern dem bayerischen Innenminister Stügel über den Erlaß der Notverordnung vor ihrer Veröffentlichung unterrichtet und ihm die Gründe mitgeteilt, weshalb der Erlaß der Verordnung nicht länger hinausgeschoben und ein Teil der von Minister Stügel geäußerten Wünsche nicht erfüllt werden konnte. Den in der Konferenz der Innenminister geäußerten Wünschen des bayerischen Innenministers Stügel auf Kenntnisnahme und Überprüfung des endgültigen Textes konnte der Reichsminister des Innern aus grundsätzlichen Erwägungen in Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Herrn Reichspräsidenten, um der Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten nicht vorzugreifen, nicht entsprechen.

## Die Pläne des französischen Einschlusses

Die Sozialisten sind befreit

Paris, 1. April. (Eigener Drahtbericht.)

In der am Dienstag festgelegten Antwort auf den Brief der sozialistischen Fraktion betreffend die Beteiligung an dem geplanten Einschluss wird erklärt, daß die Hauptziele des Einschlusses darin bestehen sollen, bis zum Ende der Legislaturperiode die Aktion der Sozialisten in der Kammer zu vereinfachen und gemeinsam die Wahlen von 1932 vorzubereiten. Die Unabhängigkeit jeder einzelnen Partei soll dabei gewahrt bleiben.

Die Antwort wird von den Sozialisten als befriedigend bezeichnet, so daß man mit dem Zustandekommen des Einschlusses rechnen kann.

## Wahlerfolge der Arbeiterpartei

London, 31. März. (Eigener Drahtbericht.)

Bei den Gemeindevahlen in Südwesten hat die Arbeiterpartei die Zahl ihrer Mandate um 37 Sitze vermehrt.

## Süßed gegen einen Nazi-Studienrat

Der Süßeder Senat hat den Studienrat Dr. Barlem wegen seiner Betätigung für die Nationalsozialisten vom Dienst suspendiert. Gleichzeitig wurde gegen den Nazi-Beamten ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet.



ist Qualität!

Darum kaufe

jede Hausfrau



die Feine,

preiswert

wie keine



**Familien-Anzeigen**

Am 29. März 1931, 18 Uhr, starb nach kurzem, schwerem Leiden unsere Kollegin und Mitarbeiterin

**Frieda Schilling**

im jugendlichen Alter von 20 Jahren 8 Monaten.

Ihr Andenken werden in Ehren halten Die Kolleginnen und Kollegen der Wassermessfabrik H. Meinecke A.G. Breslau-Carlowitz.

Begrüßung: Mittwoch, den 1. April, 17.30 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes Rosenfah, Obernigker Straße.

**Zurückgekehrt**

habe ich die Leitung der Frauenabteilung am Israelischen Krankenhaus übernommen

**Prof. Dr. Fritz Weimann**

**Osterglocken rufen bei Friedländer**

Gratis bei Einkauf von 1.- Mark an von Mittwoch, den 1. bis Samstag, den 4. April Osterfeier, Osterhasen u. andere Geschenke

**6. Friedländer, Kaufhaus**

Sell 1076 / Sonnenstraße 30, Ecke Trilliasstraße

Die beste und billigste

**Kernseife**

Willi Bönsch, Breslau 23  
Lauerweg 21

**Anferate** erweist in eigener Leistung die größten Erfolge!

**Öffentliche Aufforderung**

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag für 1931.

gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Leitung sich hier befindet.

1. wenn ihr Gewerbeertrag im Kalenderjahr 1930 den Betrag von 6000 Rmf. übersteigt hat;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages, wenn ihr Gewinn auf Grundlage des Abchlusses der Bücher zu ermitteln ist;
3. wenn dem Vorstehenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.

II. Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benützung des für sie vorgeschriebenen Bordsrads

Muster Gem. 1 (für Einzelgewerbetreibende, freie Berufe, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften, bei denen der Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Gewerbebetriebes anzusehen ist, z. B. für Reedereien und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts),

Muster Gem. 2 (für juristische Personen),  
Muster Gem. 4 (als Einlage zum Muster Gem. 1 oder 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden)

in der Zeit vom 15. bis 30. April 1931 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Breslau einzureichen.

Denjenigen Steuerpflichtigen, denen bis zum 11. April Bordsrads für die Steuererklärung nicht zugegangen sind, werden auf Verlangen Bordsrads vom 13. April ab im Magistratsbüro V, Königsplatz 2, 1. Stod. am Schalter während der Dienststunden 8 bis 13 Uhr abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweifach eingepfrieben — einzureichen.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Bordsrades zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrag wird bestraft.

Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergehe (Steuergehehung) wird bestraft.

Breslau, den 1. April 1931.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Breslau.

**Schlaf-Zimmer**

Größte Auswahl komplett von Mk. 450.— an Teilzahlung gestattet!  
**Nowofny**  
Waldenstr. 23/24

**Trotz Geldknappheit Fröhliche Ostern!**

Bei mir erhalten Sie gegen bequeme

**Teilzahlung**

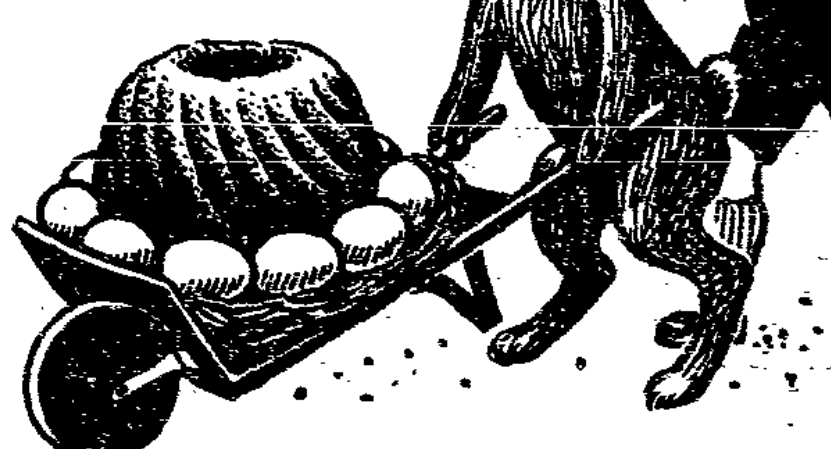
- reell und preiswert:
- Damenmäntel . . . . . 2.-
  - Kleider . . . . . 2.-
  - Kostüme . . . . . 2.-
  - Röcke . . . . . 1.-
  - Büsten . . . . . 1.-
  - Herrnanzüge . . . . . 3.-
  - Sportanzüge . . . . . 3.-
  - Hosen . . . . . 1.-
  - Herrnmäntel . . . . . 3.-
  - Luxusschuhe . . . . . 2.-
  - Arbeitschuhe . . . . . 2.-
  - Bettstellen, eiserne, für Kind u. f. Erwachs. . . . . 2.-
  - Matratzen . . . . . 2.-
  - Federn . . . . . 1.-
  - Bettüberzüge . . . . . 1.-
  - Bettlaken . . . . . 1.-
  - Leibwäsche für Damen und Herren . . . . . 1.-
  - Überbeenden . . . . . 1.-
  - Irishosen . . . . . 1.-
  - Pullover . . . . . 1.-
  - Madras-Gardinen . . . . . 1.-
  - Tüll-Gardinen . . . . . 1.-
  - Teppiche . . . . . 2.-
  - Länderstoffe . . . . . 1.-
  - Linoleum . . . . . 1.-
  - Schirme . . . . . 1.-
  - Fahrräder . . . . . 3.-
  - Nähmaschinen . . . . . 3.-
  - Kinderwagen . . . . . 2.-
  - Poppenwagen . . . . . 2.-
  - Schwappstühle . . . . . 1.-
  - Schreibtische . . . . . 1.-
  - Gegen . . . . . 1.-
  - Maschinen . . . . . 1.-
  - Lampen . . . . . 2.-
  - Gitarren . . . . . 2.-
  - Zithern . . . . . 1.-
  - Ziehmaschinen . . . . . 2.-

**Alfred Wicke**  
Breslau, Januszkestr. 51

**Ostern**

muß man richtig feiern

mit saftigen goldgelben Kuchen. Und die bäckt man mit Resi, Susi oder Leni-Margarine, dann wird der Osterhase nur so schmunzeln.



Das neue bayerische Qualitätsprogramm der **VWV** Nürnberg.

Berücksichtigt unsere Inferenten

Die richtigen **Kleider**



Acinwoll jugendliches Popockleider 5.90  
Schwarzes Sammetkleid 7.50  
Charakter-Francoise 9.50  
Schwarzes Francoise 14.50  
Ganz schwarze, feine, Francoise 24.50  
Schwarzes Mantel 5.50  
Heller Mantel 12.50  
Regener hochbleuer Damen-Mantel 24.50  
Francoise-Mantel 19.50  
Francoise-Frühjahrsmantel 29.00

Die richtigen **Mäntel**



Acinwoll jugendliches Popockleider 5.90  
Schwarzes Sammetkleid 7.50  
Charakter-Francoise 9.50  
Schwarzes Francoise 14.50  
Ganz schwarze, feine, Francoise 24.50  
Schwarzes Mantel 5.50  
Heller Mantel 12.50  
Regener hochbleuer Damen-Mantel 24.50  
Francoise-Mantel 19.50  
Francoise-Frühjahrsmantel 29.00

<b>Elegante Kostüme</b> praktische, schmeichelnde Qualität, alle mit sehr viel Spitzenverzierung. i. kein Farb. 2.75 2.50	<b>Wilde Damen</b> aus guten Wollstoffen mit höchster Verarbeitung. (Stück ca. 15 Pl.) Größe 48 Stück 60 Pl.	<b>Wolle Damen</b> a. besten Qualität. St. 1.5, 1.5 b. durchgehende Popover 1.5, 1.5 2.75 2.95	<b>Jack Damen</b> aus Feinw. Popover. Einfarbig, in besten Qualität. St. 1.5, 1.5, 1.5 2.75	<b>Haus-Schuldenberg</b> in Make, 4fach, steil und luftdicht. Stück 8.95, 8.95 38 Pl.	<b>Selbstbinder u. Kravatten</b> wundervolle neue, in reiziger Auswahl. St. 1.50, 1.25, 8.95 78 Pl.	<b>Das moderne Sportband</b> mit dazu passendem Kragen u. Binden. Oxford. Popover, Sportband. Stück 5.50, 4.50 3.75	<b>Herrn-Gewinnsträger</b> vorzügliche Qualität. St. 1.5, 1.5 95 Pl.
<b>Kostüme</b> aus guten Wollstoffen mit Tränen u. weichen Achsen, mit Stickerei und Spitze versehen. Stück 1.25, 1.25 85 Pl.	<b>Schwarze Kostüme</b> stark fädige, haltbare Qualität, Doppelreife und Hochreife. St. 1.5, 1.5 68 Pl.	<b>Einfarbig-Kostüme</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5, 8.95 75 Pl.	<b>Einfarbig-Kostüme</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5, 1.5 95 Pl.	<b>Einfarbig-Kostüme</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5, 1.5 95 Pl.	<b>Herrn-Kostüme</b> i. bewährten besten Qualität, Viereck, Schweiß und luftdicht. St. 1.5, 1.5 35 Pl.	<b>Strumpfbander u. Strümpfe</b> Drell und Damast, in verschiedenen Farben, mit 4 Haltern. Stück 95, 75 52 Pl.	<b>Gartenstrümpfe</b> aus schönem gemessertem Damast oder festem, haltbarem Drell, in schönen Farben, mit 4 Haltern. Stück 2.55 1.45
<b>Einfarbig-Kostüme</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 68 Pl.	<b>Wolle Damen</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 38 Pl.	<b>Wolle Damen</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 68 Pl.	<b>Einfarbig-Kostüme</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 1.10	<b>Wolle Damen</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 2.25, 2.25 1.95	<b>Herrn-Kostüme</b> Sehr schön, moderne. St. 1.5, 1.5 3.50	<b>Herrn-Kostüme</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5, 1.5 5.95	<b>Herrn-Kostüme</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5, 1.5 8.95

Die schönsten und billigsten **Damen-Hüte**

<b>Jugendliche Hüte</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 2.50	<b>Einfarbig-Hüte</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 2.90	<b>Einfarbig-Hüte</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 3.00	<b>Einfarbig-Hüte</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 3.30	<b>Einfarbig-Hüte</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 2.90	<b>Einfarbig-Hüte</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 3.90	<b>Einfarbig-Hüte</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 4.90	<b>Einfarbig-Hüte</b> aus besten Wollstoffen, in dunklen Farben u. schwarz. St. 1.5, 1.5 5.50
--	--	--	--	--	--	--	--



Die Hungerdiktatur des Magistrats

Mit einem Federstrich werden den Notleidenden Millionen entzogen - Wie das Wohlfahrtsamt Beschlüsse vorträgt - Sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion fordert außerordentliche Stadtverordneten-Verammlung

Wie haben bereits am Sonnabend auf die neuen reaktionären Beschlüsse des Magistrats hinweisen müssen, Maßnahmen von einschneidender Bedeutung für die notleidende Bevölkerung, die ohne überhaupt die Stadtverordnetenversammlung zu befragen, nicht werden...

Vorsichtige Schätzungen ergeben, daß allein bei der Forderung der Rukelshandlung Millionen eingespart werden können. Weitere Millionen sollen durch Kürzung der Arbeiter- und Angestelltenbezüge herausgeholt werden...

Unglaublich aber ist es, daß hierzu nicht einmal der Magistrat eine Anweisung gegeben hat, sondern daß das Wohlfahrtsamt von sich aus solche Kürzungen vornimmt und sich dabei einer bewußten Zerschlagung schuldig macht...

Wie es aus folgendem Schreiben an einen Unterstützungsempfänger hervorgeht.

Breslau, den 25. März 1931.

Nachdem der Zentralausschuß für Arbeitertariffragen in Berlin entschieden hat, daß die Löhne der häftlichen Arbeiter vom 1. April 1931 an um 5 Prozent zu kürzen sind...

Der Magistrat. Beglaubigt: gez. Unterschrift. Oberstadtschreiber

Dieser Haushaltsplan-Anschlag, auf den sich das Wohlfahrtsamt beruft, um dadurch seine Beschlüsse zu legalisieren, ist ein Unterfangen des Magistrats und überhaupt nicht befaßt...

Dieser bürokratische Hungerdiktator muß schleunigst Einhalt geboten werden. Es geht nicht an, daß man, ohne überhaupt einen Versuch zu machen, zu einer anderen Regelung der zweifellos bestehenden Finanznotlage zu kommen...

Die sozialdemokratische Fraktion fordert darum dringendst die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung.

Sie wird unter anderem der Stadtverordnetenversammlung folgende Anfrage und folgenden Antrag unterbreiten:

Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion

Den Rukelrentnern der Stadt ist ein Schreiben zugegangen, durch das sie von einer angeblich von dem Haushaltsplan-Anschlag beschlossenen Kürzung ihrer Bezüge in Kenntnis gesetzt werden...

Mit welchem Recht hat der Magistrat unter Nichtachtung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung die Rukelrentner gekürzt?

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die Arbeitszeit der häftlichen Arbeiter auf 44 Stunden in der Woche zu besetzen, keine Arbeiterentlassungen vorzunehmen...

Gär die Arbeiterkraft aber gilt es, jetzt einziger denn je zu versuchen und sich ihre Rechte zu verteidigen. Denn was wir mit weniger Beschränkungen jenseits aller Not lebenden Massen erreichen wird, wurde im Jahre und jahrzehntelangen Kampfe von der Arbeiterkraft errungen...

Gemeindefiskalischer Zuschlag zur Grundvermögenssteuer

vom 1. April 1931 ab

Die Städtische Steuerverwaltung teilt uns mit: Im Hinblick auf die Bekanntmachung über die Höhe der Steuern für April 1931 wird auf folgendes hingewiesen:

Der Gemeindefiskalischer Zuschlag zur Grundvermögenssteuer von den Staatsrentnern für das Rechnungsjahr 1930 auf 200 vom Hundert festgelegt worden. Teilweise sind aber im Rechnungsjahr 1930 nur 150 vom Hundert erhoben worden...

von je 50 vom Hundert der staatlichen Grundvermögenssteuer zu den für 1931 geltenden Fälligkeitsterminen zu zahlen. Wie zur unbegünstigten Genehmigung des Gemeindefiskalischer Zuschlages für das Rechnungsjahr 1931 sind bisher von den Grundstücks-eigentümern vom 1. April 1931 ab zu entrichten:

In einer seltenen Einmütigkeit haben im Januar Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gegen das ungesetzliche Vorgehen der Aufsichtsbehörde bei der Erhöhung der Grundvermögenssteuer protestiert, und die Stadtverordnetenversammlung beschloß seinerzeit einstimmig, daß der Magistrat neben der Erhöhung der Biersteuer auch die Erhöhung der Grundvermögenssteuer nicht durchzuführen hat...

Der mordende Paragraf Schreckenstat einer 18jährigen Mutter - Sie tötet ihr Kind durch Einflößen von Salzsäure

Vor einigen Tagen starb im häftlichen Säuglingsheim ein elf Tage altes Mädchen, das einen Tag vorher in schwerem Zustande eingeliefert worden war. Die wegen der eigenartigen Todeserscheinungen vorgenommene Obduktion der Leiche ergab, daß die achtzehnjährige Mutter ihr Kind mit Salzsäure vergiftet hat...

Vor elf Tagen brachte - wie erst gestern bekannt wurde - eine achtzehnjährige Verläuferin aus Schwedtitz, die bei einer bekannten Familie in Breslau in der Matthiasstraße entbunden hatte, ihr neugeborenes Mädchen ins häftliche Säuglingsheim...

Die Sprengstoffe der Kommunisten

Es sollen 80 Kilo gewesen sein Wie wir zu den Sprengstoffkunden in der Garage des Autos der "Arbeiterzeitung" noch erfahren, handelt es sich bei den beschlagnahmten Sprengstoffen um eine verhältnismäßig erhebliche Menge Ammonal, das in Kiloblocken verpackt war und von Vertrauensleuten mit der Bahn nach Breslau transportiert worden ist...

In der Straßenbahnhaltestelle umgerissen

Als gestern abend die Ehefrau J. aus der Ruckelshandlung an der Ecke Gabisstraße in einen ankommenden Straßenbahnzug einsteigen wollte, wurde sie von einer Kraitdrosche erfasst und so unglücklich auf den Bürgersteig geschleudert...

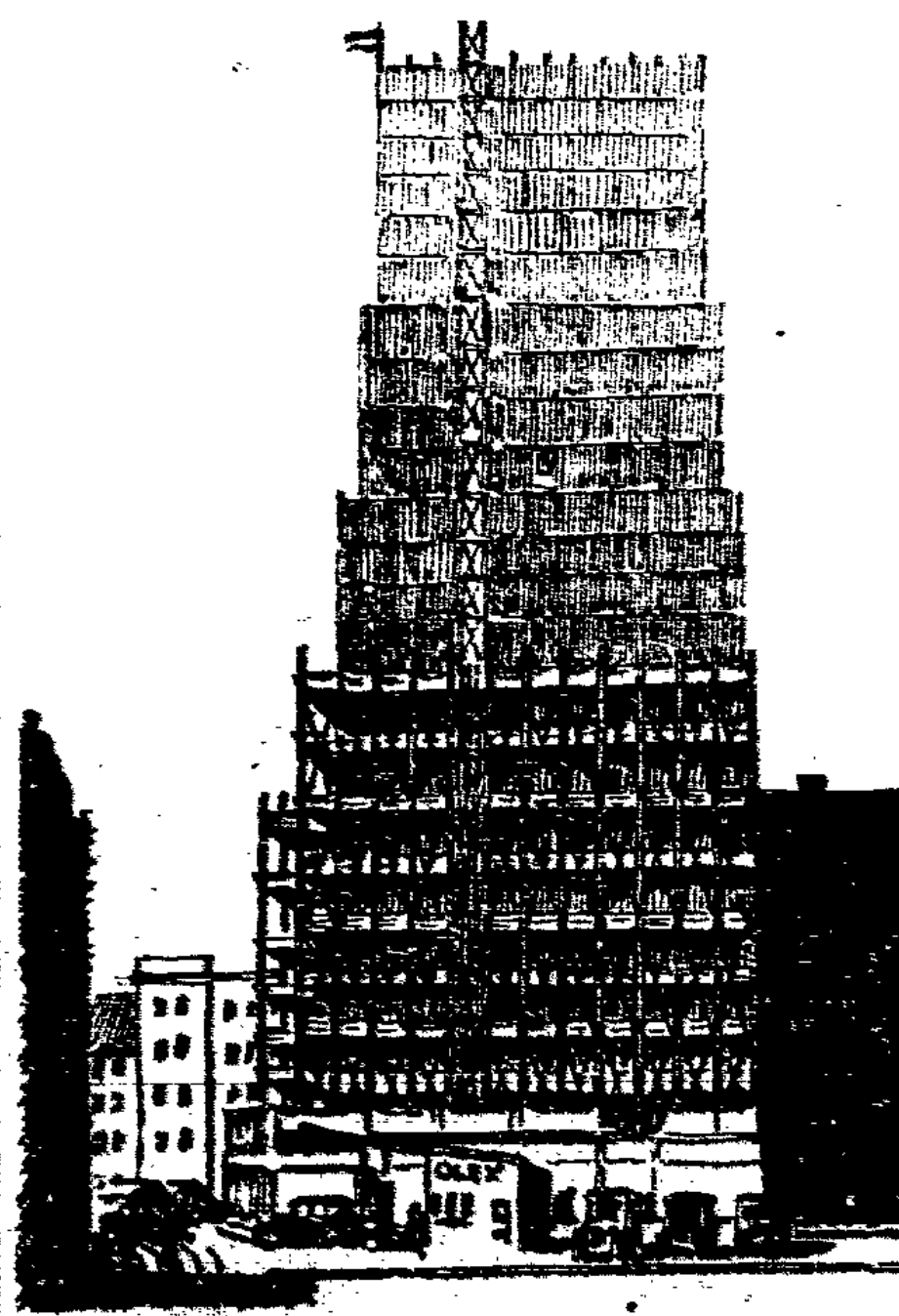
Treulos

In seiner Wohnung in der Deutchenstraße wurde am Dienstag nachmittag der 58jährige pensionierte Brandmeister Oswald W. erhängt aufgefunden. Er hatte einen Zettel hinterlassen, aus dem nur hervorzog, daß er freiwillig aus dem Leben geschieden sei...

Das nennt man Bürokratie

Nach anderthalb Jahren die Genehmigung zur Höherführung des Hochhauses am Ring erteilt Möglichkeiten den schon recht fortgeschrittenen Bau bis zum 21. Stock hoch weiter zu führen Der neue riesige Geschäftsbau am Sparassenaubau

Mit Staunen sah bereits der sorgfältige Beobachter, daß dieser Tage über das eigentliche Hochhaus am Ring noch ein provisorischer Geschäftsbau angelegt wurde, der immer höher geführt wird...



nach und allmählich erhaltende Städtische Dienstleistungen, handelt es sich um eine geplante Höherführung des Hauses, die jetzt noch vorgenommen werden soll. Nicht mitgeteilt werden aus die näheren Umstände, die mit aus anderer Quelle erfahren...

Projekt stammten. Lange Wochen gingen die Verhandlungen hin und her. Da nicht die gewünschte Höhe durchgesetzt werden konnte, begnügte man sich mit der bisher ausgeführten Höhe...

Obgleich diese reichlich späte Genehmigung sehr überraschend kommt, ist man logischerweise die Bewirkung dieses neuen Projektes gegangen. Der Eisenbetonbauer erlaubt ohne weiteres eine solche Aufstockung bei bereits fortgeschrittenem Bau...

Mit der Bewirkung dieses Projektes dürfte auch die Frage der eventuellen Umwidmung dieses Sparassenaubaus erledigt sein, eine Frage, die seinerzeit viel diskutiert wurde. Selbstverständlich steht die Stadt in erster Linie unter den neuen Bewohnern dieses Wolkenkrägers...

Da wir von vornherein für den höheren Bau gewesen sind, begrüßen wir nur lebhaft diese nun erteilte Genehmigung. Nur können wir unsere Bewunderung nicht verhehlen, warum nicht mehr Architekt Rump, der den bisherigen Bau ausgeführt hat, sondern der von der Regierung vorgeschlagene mit der amerikanischen Bauweise vertraute Herr Gihl, G. Krauß die Aufstockung übernehmen soll...

**Familien-Anzeigen**

Am 29. März 1931, 18 Uhr, starb nach kurzem, schwerem Leiden unsere Kollegin und Mitarbeiterin

### Frieda Schilling

in jugendlichen Alter von 20 Jahren 8 Monaten.

Ihr Andenken werden in Ehren halten Die Kolleginnen und Kollegen der Wassermessfabrik H. Meinecke A.G. Breslau-Carlowitz. 63,9

Beerdigung: Mittwoch, den 1. April, 17.30 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes Rosenthal, Obernigker Straße.

**Zurückgekehrt**

habe ich die Leitung der Frauenabteilung am Israelitischen Krankenhaus übernommen 1222

### Prof. Dr. Fritz Heimann

**Osterglocken rufen bei Friedländer**

Gratis, bei Einkauf von 1.- Mark an von Mittwoch, den 1. bis Samstag, den 4. April Ostereier, Osterhasen u. andere Geschenke

### 6. Friedländer, Kaufhaus

Sell 1876 / Sonnenstraße 30, Ecke Drahlasstraße

Die beste und billigste

### Kernseife

durch 1233

### Willi Bönsch, Breslau 23

Lauerweg 21

**Interate** ergeben in unserer Zeitung den größten Erfolg!

**Öffentliche Aufforderung**

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbevertrag für 1931.

gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Leitung sich hier befindet, Zeitung sich hier befindet,

1. wenn ihr Gewerbevertrag im Kalenderjahr 1930 den Betrag von 6000 RM. übersteigt hat;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbevertrages, wenn ihr Gewinn auf Grundlage des Abschusses der Bücher zu ermitteln ist;
3. wenn vom Vorliegenden des Gewerbesteueranschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.

II. Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benützung des für sie vorgeschriebenen Bordsruds

Muster Gem. 1 (für Einzelgewerbetreibende, freie Berufe, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften, bei denen der Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Gewerbebetriebes anzusehen ist, z. B. für Knechtinnen und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts),

Muster Gem. 2 (für juristische Personen),

Muster Gem. 4 (als Anlage zum Muster Gem. 1 oder 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden)

in der Zeit vom 15. bis 30. April 1931 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteueranschlusses für den Stadtkreis Breslau einzureichen.

Denjenigen Steuerpflichtigen, denen bis zum 11. April Bordsruds für die Steuererklärung nicht zugegangen sind, werden auf Verlangen Bordsruds vom 13. April ab im Magistratsbüro V, Königsplatz 2, 1. Stock, am Schalter während der Dienstunden 8 bis 13 Uhr abgegeben. Die Steuererklärung ist jährlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Bordsruds zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Bei der Zeit zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verlässt, kann mit Gehörten zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden, auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 n. H. des festgesetzten Steuergrundbeitrages auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung oder der Verzicht einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Vertrag wird bestraft.

Auch ein jährliches Vergehen gegen die Steuergehalte (Steuergehaltung) wird bestraft. Breslau, den 1. April 1931. [1223]

Der Vorsitzende des Gewerbesteueranschlusses für den Stadtkreis Breslau.

**Schlaf-Zimmer**

Größte Auswahl komplett von Mk. 450. an Teilzahlung gestattet!

### Nowofny

Weidenstr. 23/24

**Trotz Geldknappheit Fröhliche Ostern!**

Bei mir erhalten Sie gegen bequeme Teilzahlung

voll und preiswert:

- Damenmäntel . . . . . 2.-
- Kleider . . . . . 2.-
- Kostüms . . . . . 2.-
- Röcke . . . . . 1.-
- Blusen . . . . . 1.-
- Herrensätze . . . . . 3.-
- Sportanzüge . . . . . 3.-
- Hosen . . . . . 2.-
- Herrenmäntel . . . . . 3.-
- Luxusschuhe . . . . . 2.-
- Arbeitschuhe . . . . . 2.-
- Bettstellen, eiserne, für Kind u. l. Erwachs. . . . . 2.-
- Mattlatzen . . . . . 2.-
- Federn . . . . . 1.-
- Bettbezüge . . . . . 1.-
- Bettlaken . . . . . 1.-
- Leibwäsche für Damen und Herren . . . . . 1.-
- Obenhemden . . . . . 1.-
- Frühstücker . . . . . 1.-
- Polster . . . . . 1.-
- Madras-Gardinen . . . . . 1.-
- Tüll-Gardinen . . . . . 1.-
- Teppiche . . . . . 2.-
- Lüsterstoffe . . . . . 1.-
- Linielaken . . . . . 1.-
- Schürzen . . . . . 1.-
- Fahrräder . . . . . 3.-
- Nähmaschinen . . . . . 3.-
- Kinderwagen . . . . . 2.-
- Puppenwagen . . . . . 2.-
- Sprachapparate . . . . . 3.-
- Schauspieltische . . . . . 1.-
- Geigen . . . . . 1.-
- Mandolinen . . . . . 1.-
- Lauten . . . . . 2.-
- Gitarren . . . . . 2.-
- Zelbren . . . . . 1.-
- Ziehmaschinen . . . . . 1.-

**Alfred Mücke**  
Breslau, Inventionsstr. 51

**Ostern muß man richtig feiern!**

mit saftigen goldgelben Kuchen. Und die bäckt man mit Resi, Susi oder Leni-Margarine, dann wird der Osterhase nur so schmunzeln.

**I Resi**  
**II Susi**  
**III Leni**

Das neue bayerische Qualitätsprogramm der **VWV Nürnberg**.

**Berücksichtigt unsere Inserenten!**

Die richtigen **Kleider** Die richtigen **Mäntel**

**Zeiswoll Jugendliches Popelknecht** 5.90  
**Schwarzes Romantisch** 7.50  
**Charmante Französische** 9.50  
**Schwarzes Romantisch** 14.50  
**Ganz schwarze, feine, Französische** 24.50  
**Romantischer Mantel** 14.50  
**Flotter Modermantel** 12.50  
**Eleganter nachholbarer Damen-Mantel** 24.50  
**Francis-Mantel** 19.50  
**Flares-Frühjahrmantel** 29.00

<b>Elegante Kostüme</b> prachtvolle, neuartige Qualität, aus mit vielen auf Spitzenverzierung. 1. ser. Farb. 2.25	<b>Kleider Damen</b> aus guten Wollstoffen mit Nickerl-Verarbeitung. (Stück ca. 15 Pl.) Größe 60 Stück 60 Pl.	<b>Wolle Kostüme</b> aus bestem Angorastoff, S. 1.5, 2.5, 3.5 aus demselben Stoffe 2.25, 2.95	<b>Wolle Kostüme</b> aus feiner, Popeline Tricot, in besten 2.75 Qual. S. 1.5, 2.5, 3.5	<b>Wolle Kostüme</b> in Make, stark, steil und luftdicht Stück 6.50, 8.50 38 Pl.	<b>Selbstkinder-Strawberries</b> wundervolle neue, in reiziger Auswahl. St. 1.50, 1.75, 2.50 78 Pl.	<b>Das moderne Sportband</b> mit dazu passenden Krageu-Blenden, Oxford, Popelin, Sportfan. Stück 5.50, 4.50 3.75	<b>Herren-Gummihosen-Träger</b> vortreffliche Qualität . . . 1.50, 1.25 95 Pl.
<b>Kamellendamen</b> aus guten Wollstoffen mit Tricot u. wollen Achseln, mit Nickerl und Köppchen verziert. Stück 2.18, 1.25 85 Pl.	<b>Schwarze-Strawberries</b> starkbildige, haltbare Qualität, Doppelreihe und Knöpfe. 1.50, 2.50 68 Pl.	<b>Schwarze-Strawberries</b> beste Strapsenqualität, und dicke Farben u. schwarze, Paar 1.50, 1.25, 2.50 75 Pl.	<b>Wolle-Kostüme</b> gute, halbbare Qualität, alle mit Futter, Spitzen, Paar 1.50, 1.25, 2.50 95 Pl.	<b>Wolle-Kostüme</b> schwarz, mod. Farb. in guter halbbare Baumwollqualität, bei gestrickte und Lantruche, Größe 1 . . . 45 Pl. Steigung 5 Pl.	<b>Herrenhosen</b> bewährt, besten Qualität, Vierge, Schwarz und braunfärbend Paar 35, 50 35 Pl.	<b>Strumpfhalter</b> Dreifach Damast, in verschiedenen Farben, mit 4 Haltern. Stück 55, 75 52 Pl.	<b>Strumpfhalter</b> aus schön gemusterter Damast oder festem, haltbarem Dreifach, in schönen Farben, mit 4 Haltern. Stück 2.55 1.45
<b>Wolle Kostüme</b> in gut, in stark Tricot, 1 Teil leicht angezogen, Paar 68 Pl. Steigung ca. 20 Pl. auch in braunfärbend, Qual. G.P.P.L.E 1.45	<b>Wolle Kostüme</b> ein einziges Wollstoff, 2 L. Kostüme, St. 38 Pl. auch in braunfärbend, Knopf-Teint 68 Pl.	<b>Wolle und wolle Stoffe</b> in allen Größen, in allen Farben, in wenig, Qual. Stück 1.50, 1.25 1.45	<b>Wolle-Kostüme</b> in allen Größen, in allen Farben, in wenig, Qual. Stück 1.50, 1.25 1.10	<b>Wolle-Kostüme</b> mit Doppelreihen, in guter halbbare Baumwollqualität, Stück 2.50, 2.50 1.95	<b>Schwarze, moderne Herren- u. Damen-Polier</b> mit u. ohne Arm, sowie mit Reibvermögen, in verschiedenen Qual. 7.50, 5.50, 4.25 3.50	<b>Wolle-Kostüme</b> in viel, feine Anfertigung, in allen Größen, auch in schwarz, Lack, je u. Qual. und Anfertigung, P. 9.75, 7.50, 6.50 5.95	<b>Schwarze und braune Herren-Kostüme</b> in gut, in wenig, in mod. Formen alle Größen 11.50, 9.50 8.95

**Die schönsten und billigsten Damen-Hüte**

- Leichte Hüte mit Band u. Applikationen 2.50
- Leichte Hüte mit breitem Geflecht, Band, u. Applikationen 2.90
- Leichte Hüte mit breitem Geflecht, Band, u. Applikationen 3.90
- Leichte Hüte mit breitem Geflecht, Band, u. Applikationen 3.90
- Leichte Hüte mit breitem Geflecht, Band, u. Applikationen 2.90
- Leichte Hüte mit breitem Geflecht, Band, u. Applikationen 3.90
- Leichte Hüte mit breitem Geflecht, Band, u. Applikationen 4.90
- Leichte Hüte mit breitem Geflecht, Band, u. Applikationen 5.50

**Baldschmidt**

**Wolle Kostüme** in allen Größen, in allen Farben, in wenig, Qual. Stück 1.50, 1.25 1.10

**Wolle Kostüme** mit Doppelreihen, in guter halbbare Baumwollqualität, Stück 2.50, 2.50 1.95

**Schwarze, moderne Herren- u. Damen-Polier** mit u. ohne Arm, sowie mit Reibvermögen, in verschiedenen Qual. 7.50, 5.50, 4.25 3.50

**Wolle Kostüme** in viel, feine Anfertigung, in allen Größen, auch in schwarz, Lack, je u. Qual. und Anfertigung, P. 9.75, 7.50, 6.50 5.95

**Schwarze und braune Herren-Kostüme** in gut, in wenig, in mod. Formen alle Größen 11.50, 9.50 8.95

# Die Hungerdiktatur des Magistrats

### Mit einem Federstrich werden den Notleidenden Millionen entzogen — Wie das Wohlfahrtsamt Beschlüsse vorkaut — Sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion fordert außerordentliche Stadtverordneten-Versammlung

Wir haben bereits am Sonnabend auf die neuen realistischen Beschlüsse des Magistrats hinweisen müssen, Maßnahmen von einschneidender Bedeutung für die notleidende Bevölkerung, die ohne überhaupt die Stadtverordnetenversammlung zu befragen,

gefaßt worden sind. Der gewählten Stadtvertretung scheint überhaupt nur noch das Recht der Gläubiglinienplanfestlegung und ähnlicher bedeutender Fragen zugehört zu sein. Allerdings solche Beschlüsse, wie sie der Magistrat in der letzten Zeit gefaßt hat, würden auch kaum die Billigung der Stadtverordnetenversammlung gefunden haben.

Vorsichtige Schätzungen ergeben, daß allein bei der Änderung der Ruhelohnordnung Millionen eingepart werden sollen. Weitere Millionen sollen durch Kürzung der Arbeiter- und Angestelltenbezüge herausgeholt werden. Und dies wird alles mit einem Federstrich erledigt, ohne daß man sich die geringsten Gedanken darüber gemacht hat, ob nicht noch andere Wege gefunden werden können, um Einnahmen für den Stadtbudget zu erzielen. Auf diesem rein bürokratischen Wege glaubt man sich über jede Demokratie hinwegsetzen zu können.

Auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens aber scheint die Sparzwang geradezu Orgien zu treiben. Was wir am Sonnabend angebeutet haben, wird durch eine bereits ausübende Praxis bei weitem noch überboten. Ohne Rücksicht darauf, daß in letzter Zeit hier schon Einsparungen erfolgt sind, daß sowieso gegen 50 Prozent der letzten Unterstützungen auf viele davonzugehen, daß nun von geleisteter Verrichtung statt bis 60 Prozent angerechnet werden, stimmt man bereits jetzt zu diesem Monatsbeginn Kürzungen der Rentenbezüge bis zu 20 Prozent vor.

Unglaublich aber ist es, daß hierzu nicht einmal der Magistrat eine Anweisung gegeben hat, sondern daß das Wohlfahrtsamt von sich aus solche Kürzungen vornimmt und sich dabei einer bewußten Irreführung schuldig macht,

wie es aus folgendem Schreiben an einen Unterstützungsempfänger hervorgeht.

Breslau, den 25. März 1931.

Nachdem der Zentralausschuß für Arbeiterrenten in Breslau entschieden hat, daß die Höhe der künftigen Arbeiterrenten vom 1. April 1931 an um 6 Prozent zu kürzen sind, müssen auch die Renten- und Hinterbliebenenbezüge um 6 Prozent gekürzt werden. Außerdem sind wir genötigt, infolge der ungenügenden Finanzlage der Stadt und auf Grund der Beschlüsse des Haushaltsplanausschusses, die Invaliden- und Unfallrenten mit dem halben Betrage vom 1. April 1931 an auf die künftigen Renten anzurechnen.

Die Ihnen hiermit künftigen Beträge ergeben Sie aus der Uebersetzung durch die Post.

Der Magistrat.  
Beglaubigt:  
gez. Unterschrift:  
Oberstadtschreiber

Dieser Haushaltsplan-Ausgang, auf den sich das Wohlfahrtsamt beruft, um dadurch seine Beschlüsse zu legitimieren, ist ein Unterfangen des Magistrats und überhaupt nicht befugt, weder im Namen des Magistrats und noch weniger im Namen der Stadtverordnetenversammlung, irgendwelche Beschlüsse und noch dazu von so weitgehender Bedeutung zu fassen. Kein Wohlfahrtsamtler noch Wohlfahrtsdirektor kann sich und braucht sich an Beschlüsse solcher Art zu halten. Sie sind durchaus geltend zu machen.

Dieser bürokratische Hungerdiktator mag schleunigst Einhalt geboten werden. Es geht nicht an, daß man, ohne überhaupt einen Versuch zu machen, zu einer anderen Regelung der zweifellos bestehenden Finanznotlage zu kommen, einfach alle Taschen der Arbeitenden, und was noch schlimmer ist, den nichtarbeitenden, also notleidenden Teilen der Bevölkerung überläßt.

Die sozialdemokratische Fraktion fordert darum dringendst die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung.

Sie wird unter anderem der Stadtverordnetenversammlung folgende Anfrage und folgenden Antrag unterbreiten:

#### Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion

Den Ratsverwaltern der Stadt ist ein Schreiben zugegangen, durch das sie von einer angeblich von dem Haushaltsplan-Ausschuß beschlossenen Kürzung ihrer Bezüge in Kenntnis gesetzt werden. Da die Ruhelöhne der Stadt Breslau auf Grund der von beiden künftigen Körperschaften beschlossenen Ruhelohnordnung gekürzt werden, fragen wir an:

Mit welchem Recht hat der Magistrat unter Nichtachtung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung die Ratsverwalter gekürzt?

#### Antrag der sozialdemokratischen Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die Arbeitszeit der künftigen Arbeiter auf 44 Stunden in der Woche zu kürzen, keine Arbeitsverhältnisse vorzuschreiben, und kommt irgend entgegen, Wohlfahrtsamtbeschlüsse einzuführen.

Für die Arbeiterkassen aber gilt es, jetzt einziger denn je zusammenzutreten und sich ihre Rechte zu verteidigen. Denn was bei mit wenigen Federstrichen jenseits aller Not lebenden Menschen verschont wird, wurde im Jahre und jahrelangen Kampfe von der Arbeiterkassen erstrebt. Das lange Geduldsmaximum des notleidenden Proleten, daß sich schon an der obersten Grenze befand, wird noch weiter angegriffen. Dagegen wird sich die Arbeiterkassen mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen. Wir werden Magistrat und Bürokratie dem Augenblick zu spotten. Die Vertreibung ist dringender und macht einer immer größer werdenden Vergewaltigung Platz!

## Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer

vom 1. April 1931 ab

Die Städtische Steuerverwaltung stellt uns mit:

Im Hinblick auf die Sachverhalte über die Höhe der Steuern für April 1931 wird auf folgendes hingewiesen:

Der Gemeindezuschlag zur Realistischen Grundvermögenssteuer ist von den Staatsverwaltern für das Rechnungsjahr 1930 auf 80 vom Hundert festgelegt worden. Teilweise sind aber im Rechnungsjahr 1930 nur 40 vom Hundert erhoben worden, weil die realistischen 50 vom Hundert nach der Vermögensvermehrung vom 29. Dezember 1930 (vgl. Breslauer Gemeindeblatt Nr. 36, S. 45) bis 1. April 1931 gebundet werden können. Diese 50 vom Hundert sind vom 1. April 1931 ab in 12 gleichzeitigen Monatsbeträgen

von je 50 vom Hundert der staatlichen Grundvermögenssteuer zu den für 1931 geltenden Fälligkeitsterminen zu zahlen.

Bis zur endgültigen Genehmigung des Gemeindezuschlages für das Rechnungsjahr 1931 sind daher von den Grundvermögens-eigentümern vom 1. April 1931 ab zu entrichten: 1. Vorauszahlungen in Höhe des bisherigen Gemeindezuschlages für 1930 von 50 vom Hundert; 2. die Nachzahlung für 1930 von 50 vom Hundert, jedoch im ganzen 500 vom Hundert zu zahlen sind.

In einer seltenen Einmütigkeit haben im Januar Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gegen das ungeschickliche Vorgehen der Aufsichtsbehörde bei der Erhöhung der Grundvermögenssteuer protestiert, und die Stadtverordnetenversammlung beschloß seinerzeit einstimmig, daß der Magistrat neben der Erhöhung der Biersteuer auch die Erhöhung der Grundvermögenssteuer nicht durchzuführen hat. Diese Auf-forderung der Städtischen Steuerverwaltung ist also rechtlich mehr als unklar. Wer also überhaupt diesen Gemeindezuschlag zu zahlen gedenkt, sollte dies zumindestens unter dem notwendigen Vorbehalt tun.

# Der mordende Paragraf

## Schreckenstat einer 18jährigen Mutter — Sie tötet ihr Kind durch Einflößen von Salzsäure

Vor einigen Tagen starb im städtischen Säuglingsheim ein elf Tage altes Mädchen, das einen Tag vorher in schwerem Zustand eingeliefert worden war. Die wegen der eigenartigen Todesursachen vorgenommenen Obduktion der Leiche ergab, daß die achtzehnjährige Mutter ihr Kind mit Salzsäure vergiftet hat. Die Mörderin ihres Kindes ist verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt worden.

Vor elf Tagen brachte — wie erst gestern bekannt wurde — eine achtzehnjährige Verkäuferin aus Schwetznitz, die bei einer bekannten Familie in Breslau in der Matthiasstraße entbunden hatte, ihr neugeborenes Mädchen ins städtische Säuglingsheim, da es angeblich schwer erkrankt sein sollte. Am nächsten Tage starb der neugeborene Erdenbürger unter merkwürdigen Umständen, so daß alsbald eine Obduktion der Leiche angeordnet wurde. Diese ergab Veränderungen der Junge, der Speiseröhre und des Magens, die auf Vergiftung durch irgend eine Säure schließen ließen. Die von diesem Verfall in Kenntnis gesetzte Kriminalpolizei verhaftete daraufhin sofort die achtzehnjährige Mutter des Kindes, die im Laufe ihrer Vernehmung schließlich zugab, ihrem Kinde am fünften Tage nach der Geburt etwas mit Zucker vermischte Salzsäure eingeflößt zu haben. Am Tage der Einlieferung ins

Säuglingsheim hatte sie nochmals eine stärkere Dosis verabreicht, die dann auch zum Tode führte. Die junge Mutter gelang ihr Verbrechen im vollen Umfange ein und gab zu, die grausame Tat vorzüglich und mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Sie ist daraufhin sofort dem Untersuchungsrichter zugeführt worden.

Mit dieser Zeittatung schließt der geruhame Bürger die Akten über diese „unmenschliche Mutter“, die auf ganz raffinierte Art sich ihres Kindes zu entledigen versuchte. Der Baundstahl vermudeterer Vorkingenommenheit wird ein Schlußstrich unter das Leben der achtzehnjährigen ziehen.

Zweifellos handelt es sich auch um ein Verbrechen, das an

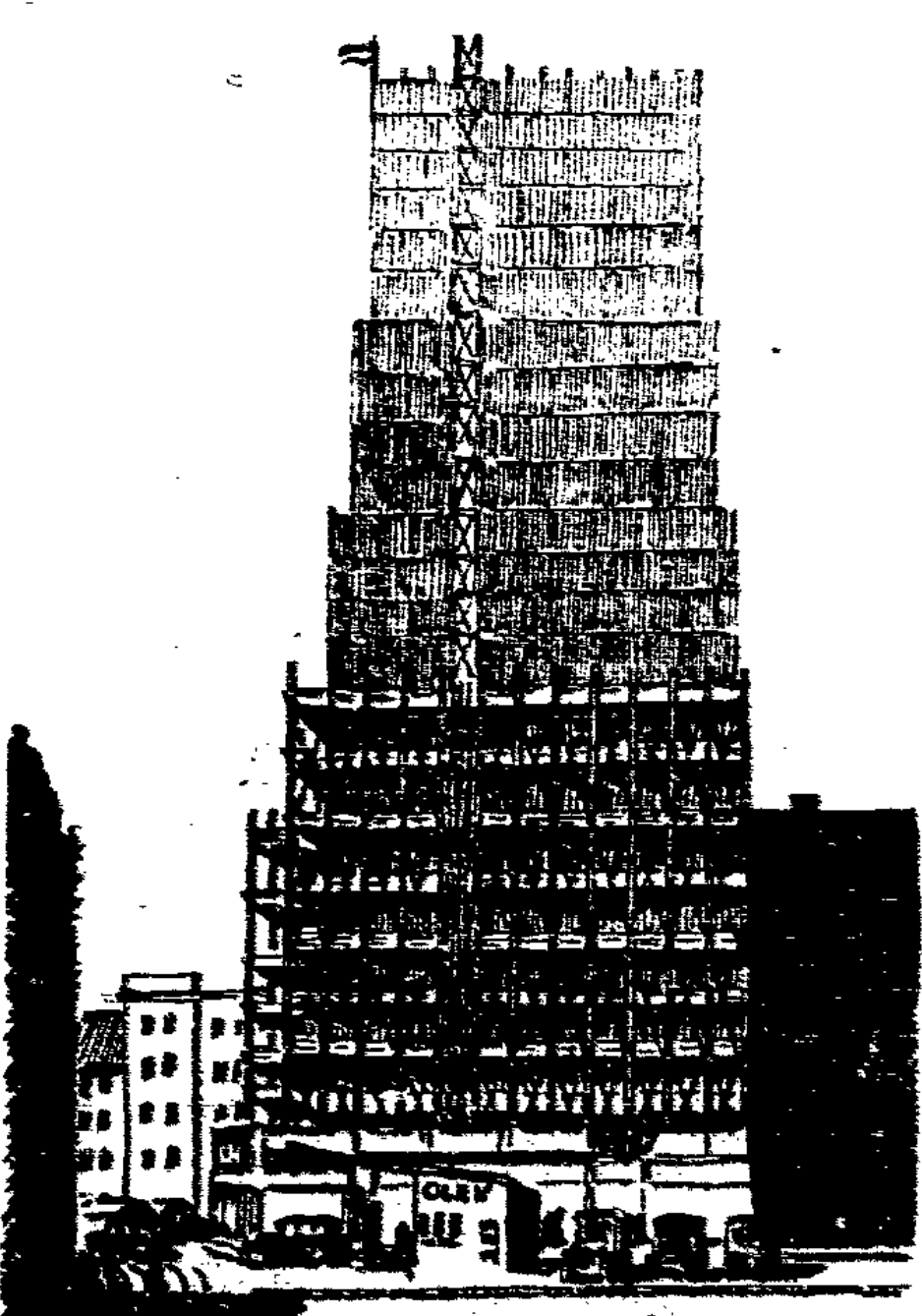
# Das nennt man Bürokratie

## Nach anderthalb Jahren die Genehmigung zur Höherführung des Hochhauses am Ring erteilt

### Möglichst den schon recht fortgeschrittenen Bau bis zum 21. Stock hoch weiter zu führen

### Der neue riesige Gerüstaufbau am Sparkassenbau

Mit Staunen sah bereits der sorgfältige Beobachter, daß dieser Tage über das eigentliche Hochhaus am Ring noch ein provisorischer Gerüstaufbau angelegt wurde, der immer höher geführt wird. Wie uns, das immer



reißt und durch erweiternde Städtische Professorent mitteilt, handelt es sich um eine geplante Höherführung des Hauses, die jetzt nach sorgsamem werden soll. Nichts mitgeteilt werden was die näheren Umstände, die wir aus anderer Quelle erfahren. Unverkennbar war beabsichtigt, das Hochhaus bis zu 40 Meter Höhe zu errichten. Dieses Projekt aber scheiterte an den Berliner Stellen, die hierzu nicht die Genehmigung geben, zumal maßgebende Breslauer Kreise sich ebenfalls gegen ein solches

Projekt stemmen. Lange Wochen gingen die Verhandlungen hin und her. Da nicht die gewünschte Höhe durchgesetzt werden konnte, begnügte man sich mit der bisher ausgeführten Höhe. Nach dem man schon fast nicht mehr an das alte Projekt gedacht hat, kommt plötzlich aus Berlin die Nachricht, daß einer beliebigen Höherführung weder aus städtebaulichen noch aus technischen Gründen etwas im Wege stehe. Wie wir weiter hören, soll sich ganz besonders unser Stadtbaurat für diesen nun richtigen Wollenträgerbau eingesetzt haben.

Ohgleich diese reichlich späte Genehmigung sehr überraschend kommt, ist man logischerweise an die Verwirklichung dieses neuen Projektes gegangen. Der Eisenbetonbauer erlaubt ohne weiteres eine solche Aufforderung bei bereits fortgeschrittenem Bau. Nur soll noch das Urteil der Fachleute und auch der breiteren Bevölkerung eingeholt werden über die architektonische Wirkung des neuen Stadtbildes. Aus diesem Grunde hat man — wie früher bei dem bisherigen Bau — die geplante Höhe durch einen Gerüstbau angedeutet, der heute vollendet ist und nun allen Breslauern zur Besichtigung freigeht.

Mit der Verwirklichung dieses Projektes dürfte auch die Frage der eventuellen Unwirtschaftlichkeit des Sparkassen-Baus erledigt sein, eine Frage, die leinergit viel diskutiert wurde. Selbstverständlich steht die Stadt in erster Linie unter den neuen Bewohnern dieses Wollenträgers. Wie uns mitgeteilt wird, werden in die neuen oberen Stockwerke das Städtische Tiefbauamt, die Rohrnetztribüne, die Kanalisationswerke und die Markhall-Verwaltung einzuziehen. Den oberen Stockwerk — über geht immer — ist für das Büro der beiden Stadtverordneten reserviert.

Da wir von vornherein für den höheren Bau gewesen sind, begrüßen wir nur lebhaft diese nun erteilte Genehmigung. Nur können wir unsere Verwunderung nicht verhehlen, warum nicht mehr Architekt Kump, der den bisherigen Bau ausgeführt hat, sondern der von der Regierung vorgeschlagene mit der amerikanischen Bauweise verbaute Herr G. K. Kump die Auf-forderung übernehmen soll. (Im Übrigen soll die vor dem Sparkassengebäude errichtete Dlog-Tankstelle — eines der herrlichsten farbigen Bilder in unserer Stadt — über verschoben, da sie nicht mehr den neuen Gebäudeverhältnissen angepaßt ist. Möglicherweise, daß man sich entschließt, sie ebenfalls aufzugeben.)

Reiner sollte es jedenfalls heute verstanden, daß das letzte Bild der am Wollenträger, des Ring, einmal errichten. Die letzte Sicht bietet sich vom Eingang des Sparkassenbauers aus,

Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig läßt und durchaus nicht be... (The text discusses social issues and the role of the press in reporting on them, mentioning the 'Käufliche Dienststellen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen über Otho' section.)

### Käufliche Dienststellen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen über Otho

Der Regelung bei den staatlichen Behörden entsprechend... (The text continues with details regarding municipal and industrial regulations in Breslau.)

Die Städtische Sparkasse hält ihre sämtlichen Zahlstellen am Ostersonabend den 4. April geschlossen... (Announcement about the closure of municipal savings bank services.)

Die kommunal-Betriebs-Krankenkasse Neue Tölgelstraße 32... (Information regarding municipal health insurance services.)

Das Bestattungsamt in der Elisabeth-Ringstraße 3/4... (Details about municipal burial services.)

Die städtischen Warmhäuser bleiben am Karfreitag und an den drei Ostersonntagen für den Badebetrieb geschlossen... (Notice about public bathhouse closures.)

Die städtischen Bibliothek und Stadtbibliothek bleiben zum Zwecke der Reinigung am Sonnabend, den 4. und Dienstag, den 7. April geschlossen... (Library closure notice.)

Die Kinderhort und Kindergarten des Verbandes für Kinderpflege... (Notice about children's care services.)

Das Bohrfabrikat... (Short notice regarding a factory or workshop.)

Die städtischen Volksschulen... (Notice about school closures for cleaning.)

### Kraftfahrzeuge während der Ostersonntage

Nach Breslau am 5. bis 7. April: Abfahrt am 5. um 8 Uhr von der Kraftfahr-Schule... (Traffic regulations for Easter Sunday.)

Kielseegebirgsfahrten: a) nach Krummhübel am 4. bis 6. April und b) nach dem Grenzgebirge... (Tourism information for the region.)

Frühjahrsfahrt am 5. April: Abfahrt 7 Uhr... (Spring outing details.)

Fahrt nach Kanitz: (Short notice about a trip.)

nach Lützen (Besichtigung des Museums), Weiterfahrt nach Schallau; Abfahrt am beiden Tagen um 13 Uhr, Ankunft in Breslau gegen 19 Uhr. Fahrpreis je 250 Mark... (Travel notice for a museum visit.)

### Einrichtungen der Post in Breslau zu Otho

Am Karfreitag werden beim Postamt Breslau 2 (Kurfürststraße) Pakete aller Art in der Zeit von 8 bis 19 Uhr ohne besondere Einlieferungsgebühr und von 19 bis 23 Uhr gegen Entrichtung der besonderen Einlieferungsgebühr angenommen... (Post office hours and services.)

### Remarque-Film für gelochene Verfilmungen freigegeben

Aber nur gemeinsam mit dem 'Flötenspieler von Sanssouci'. (News about film production regulations.)

### Wieder ein großer Rauchwaren Diebstahl

In der Nacht zum Dienstag wurde in ein Zigarrengeschäft in der Oberstraße eingebrochen... (Crime report about a cigarette shop theft.)

Widmann im Zoo... (Short news item.)

Der Magistrat... (Municipal council news.)

Seydel... (Short news item.)

### Unlängiger Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietzna

Die Temperatur... (Weather forecast report.)

Die Luft... (Weather forecast report.)

Die Temperatur... (Weather forecast report.)

Die Luft... (Weather forecast report.)

Die Temperatur... (Weather forecast report.)

### Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

#### Klassik in der Buchhandlung

Am 1. April... (Bookstore advertisement listing various titles and prices.)

**Die Zeitgenossen**

**Die Zeitgenossen**

**Die Zeitgenossen**

# KINEMA

## Groß-Film

### Kapital

In diesem neuen Kinofilm... (Theater advertisement for the play 'Kapital').

### Das große Spiel

... (Theater advertisement for 'Das große Spiel').

## Sozialdemokratische Partei

Donauschichtungs 31 März 1927 - 170  
Telefon Nummern 900 00 - 900 01  
Gewinn außer Gewinn aus 2-1 und 4-1 Uhr

### Jugendorganisation

... (Youth organization activities.)

### Freiwillige Arbeitervereine

... (Voluntary workers' associations.)

### Freier Arbeiter-Sport

... (Workers' sports activities.)

### Arbeiter-Sport

#### Wassersport

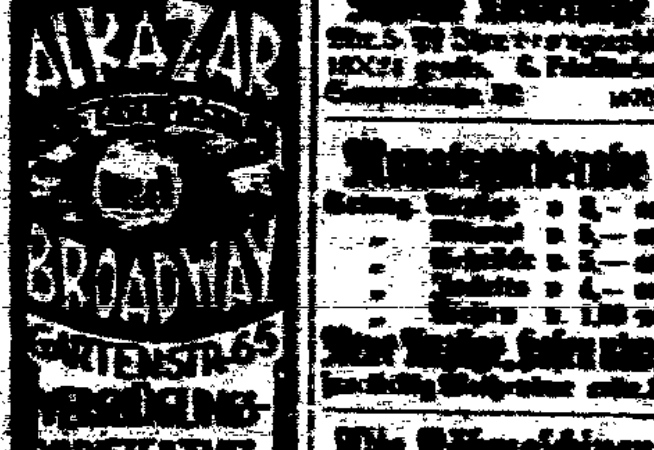
... (Workers' sports and water sports events.)

#### Freier Turnerklub Breslau E. S.

... (Free gymnastics club information.)

#### Freie Turnerschaft Breslau E. S.

... (Free gymnastics club information.)



**AZAZAR**  
**BROADIA**  
**GARTENSTRASSE 65**  
**BREITENBURGERSTRASSE 10**  
**PARFÜME**  
**HAAR-PAASTE**









Inerlaubte Waffen

im Kampf gegen die Arbeitszeitverkürzung

Der Arbeitgeber - die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände - bekämpft in einem anleitenden Heft...

Arbeitsbedingungen für die angelernten bzw. geübten Hausangestellten aber verweigert. Auch die Haus- und Grundbesitzervereine...

Ergebnislose Lohnabbau-Verhandlungen für die Reichsarbeiter

Die Lohnabbauverhandlungen für die Reichsarbeiter, die am Dienstag im Reichsfinanzministerium fortgesetzt wurden, verliefen wieder ergebnislos.

Die Haltung der Regierungsvertreter ließ nicht darauf schließen, daß auf der Gegenseite auch nur die geringste Bereitwilligkeit zu irgendwelchem Entgegenkommen besteht.

Noch nicht zufrieden mit dem Lohnabbau

Sachsens Bauarbeitgeber wollen aussperrern Die Bauarbeitgeber sind mit der Lohnabbau-Entscheidung der zentralen Schiedsstelle wenig zufrieden.

Die Unternehmer wollen es also mit Aussperrung versuchen. Ob sie damit Glück haben, ist mehr als zweifelhaft.

Die Schlichtungsverhandlungen über die Lohnabbauforderung des Reichswehraministeriums

für die Belegschaften der Marinebetriebe (Marine, Wilhelmshafen und Arsenal Kiel) blieben ergebnislos.

Die augenblicklich geltenden Löhne bleiben im vollen Maße im April noch bestehen.

Rückbildungen bei Krupp

Die Firma Krupp hat wegen Abwinkels in 10 Essener weiterverarbeitenden Betrieben 1200 Arbeitern 40 Angestellten gekündigt.

Gegen die falsche Rationalisierung Eine Protestkundgebung der Niederländischen Eisenbahner

Eine Protestkundgebung gegen Auswüchse der Rationalisierung hat hier Lage der Niederländischen Eisenbahner- und Straßenbahnerverband veranstaltet.

diese Ersatzkräfte erhalten natürlich niedrigere Bezüge. Rationalisierungen laufen bei den niederländischen Bahnen den letzten 8 Jahren von 190 auf 96 Millionen Gulden...

Konferenz der Damsangestellten

In Nürnberg fand hier Tage die 2. Reichskonferenz der Reichsgruppe Haus- und Wäschangestellten im Gedenkstunde der Arbeitsscheiter...

Was geschieht mit den Fluchtgeldern?

Ein Teil der Kapitaler, die nach dem Zustand flüchteten, wird konfisziert, da er einer außerordentlichen Verwertung übergeben nicht gestattet werden kann.

Ihrer Schuld zurück, indem sie die Schuldverschreibungen auf Börsen billig auflaufen. Ein erheblicher Teil der in letzter Zeit nach Deutschland geflohenen kurzfristigen Auslandskredite...

Butterproduktion und Konsumvereine

Überlastete Rohmaterialien der Konsumvereine

Die Butterpreise sind in diesem Jahre, trotz der Konsumvereine für die Butter, außerordentlich niedrig...

Wäre das auch beim freien Handel, wenn dem wir selbständig gekauft haben, daß er an der Einfuhr ausländischer Butter...



